

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.80. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 235.

Freitag, den 8. Oktober 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Hamburg.

Hamburg, den 6. Oktober 1897.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Die heutige Sitzung wird von Lesche-Wolton eröffnet und geleitet.

Die Diskussion über die bevorstehenden Reichstagswahlen wird fortgesetzt.

Zur Resolution Bebel liegt ein Amendement vor: Die Kandidaten der bürgerlichen Parteien müssen schriftlich die Erfüllung der aufgestellten Forderungen anerkennen. Ein Antrag verlangt, daß Doppelkandidaturen möglichst vermieden werden.

Paßer-Delmenhorst regt an, für Kandidaten nur ältere gekaufte Parteigenossen in Aussicht zu nehmen.

Viebeck: Bebel hat die Lage vorzüglich gekennzeichnet, wenn er sagte: Wir kommen dem Berg immer näher. Der Berg ist die schließliche Abrechnung mit der bürgerlichen Gesellschaft, es sind aber noch einige Vorberge da und einer dieser Vorberge ist der Verfassungskonflikt, dem wir, glaube ich, schon sehr nahe sind. Mit der Resolution Bebel bin ich im Allgemeinen einverstanden, wenn ich auch einzelne Punkte etwas schärfer gewünscht hätte. Was heißt z. B. „jede Verschlechterung des Pressegesetzes“. Jede Veränderung wird von den herrschenden Klassen als Verbesserung bezeichnet werden. Gegen die schriftliche Abgabe der Versprechungen habe ich nichts einzuwenden, obwohl ich glaube, wer uns mündlich befragt, ist auch im Stande, uns schriftlich zu befragen. (Heiterkeit.) Der Antrag Verfuß, in Polen nur deutsch und polnisch sprechende Kandidaten aufzustellen, ist mir sympathisch. Wenn es irgend möglich ist, muß ihm Folge gegeben werden. Die Streitigkeiten, die Antimilitarität gegen die Polen muß anerkennen. Karl Marx hat sich in erst kürzlich gefundenen Papieren über die Polenfrage ausgesprochen und ist für die Unabhängigkeit Polens eingetreten. Er sagt, die Polenfrage kann nur gelöst werden durch die Wiedereinrichtung des Polenreichs auf demokratischer Grundlage. Die deutschen Arbeiter müssen dafür eintreten, weil Deutschland an der Theilung Polens mitgeholfen hat. Man sagt immer, die deutsche Kultur ist höher als die polnische. Das ist nur sehr bedingt richtig. Ist das etwa Kultur, wenn ein Beamter durch die polnische Bevölkerung mit gezacktem Säbel fährt und die Leute mit Hund und Gendarm anredet. Ist der Gutsbesitzer mit der Peitsche in der Hand ein Kulturträger? Solche Kultur ist eine Schmach und Schande. Den Polen ist schweres Unrecht geschehen. Die deutschen Arbeiter haben die Pflicht, für die Gleichberechtigung der Polen einzutreten.

Kraupp-Stettin erklärt sich für schriftliche Abgabe der Versprechungen, man habe dadurch den bürgerlichen Kandidaten doch lester in der Tasche.

Abg. Zubeil: Berlin hält alle Abmachungen mit Gegnern für ein mehr oder weniger große Farce. Wohl sehr wenige Delegirte würden mit den gestrigen Ausführungen Schippel's einverstanden sein. (Sehr richtig!) Bei solcher Argumentation werde es den Genossen wohl sehr schwer sein, im Wahlkampf gegen die Flottenpläne aufzutreten. Der Parteitag müsse es aussprechen, daß die Sozialdemokratie sich entschieden gegen jede Verneuerung des Landheeres und der Flotte ausspricht und danach handelt. In aussichtsreichen Wahlkreisen müsse jede Doppelkandidatur vermieden werden. Den Antrag Verfuß unterstütze er. In Oberschlesien ist Agitation nur möglich, wenn sie in polnischer Sprache betrieben wird. Sonst ist das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Die Hamburger werden mir zugeben, daß die plattsprachenden Genossen auf dem Lande viel mehr ansprechen, als die Berliner und mitteldeutschen, die nur hochdeutsch sprechen.

Morański: Berlin befreit, daß die polnischen Genossen in erster Linie Nationalpolen seien: sie seien auch gute Sozialisten. Die Annahme des Antrages Verfuß sei unbedingt notwendig. Seine weiteren Ausführungen beziehen sich auf seinen Streit mit Dr. Winter-Nußgähnte und werden mit großer Unruhe angehört.

Kapfenstein bringt folgenden Antrag ein: In der Resolution Bebel ist in Punkt 4 anzunehmen: g) Gegen jede Erhöhung des bestehenden Standes des Heeres oder der Marine.

h) Gegen jede Aufhebung oder Einschränkung von Arbeiterschutz- oder Arbeiterversicherungsgeetzen oder Verordnungen außer in den unter a) angeführten Fällen.

Mittag-Halle: Den Antrag Verfuß halte ich für überflüssig. Jedem Kreise muß es überlassen bleiben, seine Kandidaten aufzustellen und hat Niemand etwas hineinzureden. Die Resolution Bebel bitte er anzunehmen. Redner wendet sich gegen die Verneuerung Schippel's über den Militarismus. Im Vorwärts stand noch neulich, dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen und nun hören wir von Schippel, daß er sogar unter Umständen für neue Kanonen zu haben ist. (Wenigstens: Das hat er nicht gesagt!) Ich glaube, ich sollte auf den Rücken fallen, als ich das hörte. Früher stand Schippel auf dem linken Flügel der Partei und jetzt, welche Wandlungsfähigkeit bei ihm. Das Amendement Kapfenstein sei notwendig.

Abg. Pöns: Die Aeußerungen Schippel's waren wohl etwas unvorbereitet ausgesprochen. Sie konnten den Eindruck hervorzurufen, als hätten Die Unrecht gehabt, die gegen die Artillerie-Forderung gestimmt haben. Wir halten den Krieg für unbedeutend und haben dafür zu sorgen, daß unsere Proletarier überhaupt nicht mehr in den Krieg zu ziehen brauchen. Zu der Agitation müssen wir mehr positive Arbeit leisten und uns nicht nur auf die Kritik des Bestehenden zu beschränken. Wir müssen zeigen, wie wir uns die Verwirklichung der politischen Forderungen unseres Programms denken. Zur Resolution Bebel möchte ich sagen: „Fügen Sie nichts mehr hinzu!“

Frau Greiffenberg: Berlin bittet die Genossen, mehr als bisher dafür einzutreten, daß den Frauen das Wahlrecht gegeben wird. Die Frau spielt eine wichtige Rolle im Wahlkampf wegen ihres Einflusses auf die Männer. Den Frauen muß vor Augen geführt werden, welchen Vortheil sie davon haben, wenn die Männer unsere Genossen wählen. Sie werden dann tüchtige Männer zur Wahlurne schicken und Schlepperdienste verrichten. (Beifall.)

Schade-Halle bittet den Ruf (jede Vermehrung von Meer und Marine) hinzuzufügen und spricht sich gegen jede Doppelkandidatur aus. Man müsse endlich von der Aufstellung klauwoller Namen zurückgehen. Die Hauptsache ist, daß der Genosse seine Schuldigkeit thut.

Außer der Reihe bekommt das Wort Abg. Schippel: Ich bin gestern doch erheblich mißverstanden worden (Mise: Aha!) Ich habe gestern ausdrücklich hervorgehoben, daß die Fraktion einstimmig gegen die geforderten Kredite gestimmt hat. Ich selbst habe also auch dagegen gestimmt. Ich hatte auch nicht die Absicht, Stimmung für künstliche Bewilligungen zu machen. Ich habe nur persönlich meine Ansicht dahin aussprechen wollen, daß wir in dieser Zwischenlage von der Sache weder in der Öffentlichkeit, noch im Parlament großes Aufsehen machen könnten. Die Soldaten und Formationen sind bewilligt, wir können es nicht ändern, es liegt nicht in unserer Macht. Das heutige System lebt vom Kriege, wir müssen damit rechnen, daß Kriege ausbrechen können, die wir nicht wollen, die wir aber auch nicht verhindern können. Sie werden es verstehen, daß man das Gefühl haben kann, dem ich gestern Ausdruck gegeben habe, daß es nicht ist, daß unsere Soldaten schlechter ausgerüstet in den Krieg gehen. Ich meine aber, eine solche Situation ist nicht günstig, große Reden zu halten, und unseren prinzipiellen Standpunkt zu wahren. Kommt es noch zu einem Kriege, erleiden wir eine Niederlage, flieht das Blut unserer Brüder in doppeltem Maße, dann werden wir gewiß der Regierung einen Vorwurf machen (Lebhafter Widerspruch). Ich bitte Sie also streng zu unterscheiden: Die Fraktion hat einstimmig dagegen gestimmt, sie hatte aber Recht, von der ganzen Sache nicht großen Aufsehens zu machen.

Sindermann: Dresden ist der Ansicht, daß sich Schippel in dieser zweiten Rede noch mehr in die Sackgasse verannt habe. Man werde mit Schippel noch Abrechnung halten müssen. Die Reichstagsfraktion müsse prinzipiell gegen jede Bewilligung für Militärzwecke eintreten. Gewinnt die Meinung Schippel's die Oberhand, dann würden die deutschen Arbeiter bald das Vertrauen zur Sozialdemokratie verlieren. Redner erklärt sich schließlich gegen jede Doppelkandidatur.

Abg. Auer: Es ist hier das Wort gefallen: mit dem Genossen Schippel noch Abrechnung gehalten werden. Ich will dahin gestellt sein lassen, ob Schippel sich geschickt „angebracht“ hat, wenn aber deswegen, was er gesagt hat oder hat sagen wollen, hat sagen können, mit Schippel abgerechnet werden soll, dann wird sich diese Abrechnung auf eine ganze Reihe weiterer Parteigenossen mit Namen von bestem Klang, ich nenne nur die Namen Bebel und Liebknecht, auch meine Wenigkeit, erstrecken müssen. Die Genossen reden hier immer von „Bewilligung der Artillerieforderung“. Wo hat Schippel mit einem Worte das gesagt. Die Fraktion hat die geforderten Kredite abgelehnt, sie hat aber die Gelegenheit nicht für passend gehalten bei diesen Kanonen, die sich bei der wahrhaftigen Entwicklung unseres Kriegswesens für notwendig gezeigt haben, vom Standpunkt der Vertreter des herrschenden Systems notwendig, eine besondere Agitation gegen die Kanonen — nicht gegen das System des Militarismus — ins Werk zu setzen. Die Entwicklung des Systems, die wahnsinnige Steigerung der Ausgaben werden wir stets kritisieren und verurtheilen. Es bleibt nun aber die Thatsache, daß sich die Vertreter des herrschenden Systems, die den Militarismus für notwendig halten und schließlich auch die Verantwortung tragen müssen, sich dieser Mehrausgaben für die Verbesserung der Technik nicht entschlagen können. Das hat noch Niemand bestritten, dieser Standpunkt hat sogar bei uns schon Vertretung gefunden durch Bebel und Liebknecht. In Halle hat Bebel, als ihm die Unabhängigen ungefähr die gleichen Vorwürfe machten, die heute Schippel über sich ergehen lassen muß, eine Rede gehalten. In der er ausführte, er sei für dunkle Uniformen, für Abschaffung der hellen Knöpfe eingetreten, damit unsere Soldaten dem Feinde nicht eine zu deutliche Zielscheibe böten. Er sagte im Reichstage: „Wenn Sie schon den Militarismus für notwendig halten, dann machen Sie sich wenigstens die Fortschritte der Technik zu Nutzen! Ich frage Sie, ist das in der Sache nicht dasselbe? (Mise Nein!) Nun, dann können Sie ja unsere Soldaten auch mit Stöcken bewaffnet ins Feld schicken. Denken Sie doch ein bisschen nach, lassen Sie sich von der Phrase nicht allzu sehr beherzigen. Wenn es zum Kriege kommt, können wir doch schließlich nichts Anderes wünschen, als daß unsere Brüder siegen. Nach Ihrer Meinung hätten wir unsere Soldaten auch das warme Abendbrot verweigern müssen, weil damit auch eine Mehrausgabe verbunden ist. Von uns ist sogar stets betont worden, daß wir uns einem Kriege mit dem Nachbar im Osten nicht entziehen wollen, weil da die höhere Kultur mit der Barbarei kämpft. Haben Sie denn das vergessen? 1868 hat Liebknecht auf dem Arbeitertage in Nürnberg gesagt: Die allgemeine Entwaffnung kann erst eintreten, wenn erst alle Feinde der Völker unschädlich gemacht sind. Das wird aber noch lange dauern. Erst muß der letzte Despot aus jedem letzten Schlupfwinkel vertrieben sein.“ Jeder Bürger Soldat, jeder Soldat Bürger. Bei unserm Militärsystem würden wir auch Kanonen brauchen. Ich komme zum Schluß und sage: Unterstellen Sie Schippel nichts, was er gar nicht gesagt hat. Wenn Sie das thun, habe ich nicht die geringste Furcht vor der in Aussicht gestellten Abrechnung und auch Schippel braucht sie nicht zu fürchten. (Beifall und Widerspruch.)

Ullenaam: Elberfeld erklärt sich mit Auer's Ausführungen einverstanden und verzichtet auf weitere Bemerkungen.

Färber-Drauschweig spricht sich gegen das Amendement Kapfenstein aus. Bei dem nächsten Wahlen werden die Arbeiterschutze keine Bedeutung haben.

Weiher-Hamburg warnt vor unvorsichtigen Aeußerungen im Wahlkampf, besonders über Religion.

Kapfenstein: Mainz erludt um Annahme seines Amendements. Die Freisinnigen müßten auf den Arbeiterschutz verpflichten werden. Die großen Gesichtspunkte der Partei müßten immer mehr hervorgehoben werden. Bei der Reichstagsdebatte über das Vereinsgesetz habe Eugen Richter die unbeschränkte Führung gehabt. Genosse Singer blieb hinter ihm zurück, weil er nur als parlamentarischer Routineier gesprochen und die großen Gesichtspunkte außer Acht gelassen habe. In den Aeußerungen Schippel's steckt etwas deutscher Chauvinismus. Wir bekämpfen die französischen sozialistischen Chauvinisten und wollen diese Richtung bei uns in Deutschland nicht aufkommen lassen. (Beifall.)

Hoffmann: Berlin wendet sich gegen die Doppelkandidaturen, man solle nicht so happig auf die Doktoren und Akademiker sein, sie nicht ins gemachte Bett legen. Ich bin deswegen nicht grundsätzlich gegen Akademiker, sie sind mir willkommen, wenn sie zu uns kommen, aber sie sollen keinen Vorzug haben. Redner spricht sich dann prinzipiell gegen Unterstellung gegnerischer Kandidaten aus. Mit Schippel bin ich nicht einverstanden, Auer war schauer (Heiterkeit), er hat sich geschickter ausgedrückt, im Grunde hat er aber dasselbe gesagt wie Schippel. Da können wir ja auch das Budget bewilligen, weil die Beamten nun einmal da sind. Wie hat sich Schippel geändert. Wir Berliner kennen ihn ja sehr genau. Als er ins Parlament kam, da glaubten wir, jetzt kriegen wir einen Abgeordneten mit Nägeln auf den Sohlen und Eisen auf den Achseln an den Stiefeln. Jetzt geht Schippel in Lackfedeln einher, während die, welche ihn früher als zu Maßstab schon zu den Unabhängigen werfen wollten, noch in guten kalbledernen und erblühten Stiefeln einhergehen. Im Namen zahlreicher Berliner Genossen rufe ich Schippel zu: „Nag, mir graut vor Dir!“

Städeln-Hof warnt vor unvorsichtigen Aeußerungen im Reichstage, die den Wahlkampf erschweren. Er wendet sich gegen das Verbot von Doppelkandidaturen. Kandidaten gäbe es vielleicht genug. Berlin könnte gewiß allein alle Wahlkreise mit Kandidaten versorgen. Diese Berliner Kandidaten seien aber auch danach. (Heiterkeit.) Es müssen oft bekanntere Genossen aufgestellt werden. Mit den Ausführungen Auer's sei er einverstanden, während ihm Schippel's Ausführungen bedenklich erschienen seien.

Hengsbach: Köln sieht in den Neben Schippel's und Auer's eine Aeußerung. Bebel habe den Waffenruhm vermindern wollen, die Kanonen sollten ihn noch vermehren! Es sei doch gleich ob sich die Kanonen gegen unsere deutschen Brüder oder gegen unsere Brüder in Deutschland oder Rußland richten. Das müsse uns als internationale Sozialdemokraten doch gleich sein. Das warme Abendbrot sei mit der Verbesserung der Waffen nicht in Vergleich zu stellen. Besondere Vorsicht sei für die Reden nicht zu empfehlen, die Redner hätten sich einfach an das Parteiprogramm zu halten.

Dr. Winter-Nußgähnte: In Oberschlesien ist von sogenannten Genossen mehr das Nationalpolenthum als die Sozialdemokratie propagirt worden. Wir verwerfen eine nationale Germanisirung, aber halten eine gewisse wirtschaftliche Germanisirung für notwendig. Wir würden gern einen polnischen Kandidaten aufstellen, wenn sich nur eine geeignete Persönlichkeit fände.

Viebeck erklärt sich mit Schippel solidarisch. Schippel hat freilich einen unglücklichen Ausdruck gewählt, aber in der Sache hat er nichts anderes gethan als was die ganze Fraktion gethan hat. Man hat ihn wohl mißverstanden, er hat sich nicht für den Militarismus ausgesprochen sondern hat hier immer die Meinung, die die ganze Fraktion, die anwesenden Delegirten vertreten, gehabt. Wir wissen alle, daß der Militarismus als Schraube ohne Ende so verdammenstwerth erscheint. — Wir sollen ferner im Reichstage nicht so kräftig reden wie in Volksversammlungen. Das würden, die jetzt tadeln, auch nicht anders machen, wenn sie hineinkämen. Die Personen, die wir hier nennen können, dürfen wir dort nicht nennen, weil es einfach die Geschäftsordnung nicht erlaubt. — Genossen, ich bitte Sie nochmals, die ganze Angelegenheit Schippel fallen zu lassen. Wir müssen mit den Verhältnissen patieren. Woyn hat man uns sonst in den Reichstag geschickt? Anfangs waren wir freilich eine rein negierende Partei, jetzt aber sind wir auf den Boden der Praxis getreten. Neben der propagandistischen Thätigkeit durch Redenhalten müssen wir praktisch mitarbeiten, das verlangen die Genossen selbst. Sonst müßten wir in die Eierkuchen zurückkehren, aus denen wir seit langem herausgenommen sind. Wir dürfen nicht mehr in Volkshäusern haus wohnen und vom Mond herab Reden halten. Wir kämpfen auf der Erde nicht mit Hrasen, sondern mit Argumenten, die aus den Verhältnissen geschöpft sind. Das ist unendlich viel revolutionärer als die Taktik der Phrase. (Sehr richtig!) Im praktischen Kampf kommt es freilich vor, daß einer einmal einen Lieb vorbeiführt; deshalb lassen Sie die Angelegenheit fallen. (Beifall.)

Es liegt eine von Sindermann und zahlreichen Delegirten unterschriebene Resolution vor:

Der Parteitag protestirt gegen die anlässlich der Bericht-erstattung über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion von dem Genossen Schippel ausgesprochenen Auffassung, daß sozialdemokratische Abgeordnete in deutschen Reichstage aus irgend welchen Gründen, entgegen aller bisher von der Fraktion befolgten Taktik für Bewilligung von Geldern zu militärischen Zwecken ihre Stimme abgeben dürften.

In Anbetracht, daß die Regierung jede Mehrforderung stets und ständig mit dem Argumente des „notwendigsten Schuges der nationalen Wehrkraft“ motivirt, legt der Parteitag entschieden Ver-wahrung dagegen ein, daß sich die Fraktion von der ebenin-gangsloßen Ablehnung des Militäretats abdrängen lassen wünte.

Die Ehre der Partei erfordert es, daß der Parteitag klar und sündig sein Veto einlegt gegen eine von diesem bisher in Wort und Schrift durch die Gesamtpartei vertretenen prinzipiellen Standpunkt abweichende Auffassung des Genossen Schippel.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Ehe aber Bebel das Schlußwort erhält, wird noch die Solinger Angelegenheit erledigt.

Dr. Auer berichtet über die Verhandlungen der gestern eingeleiteten Kommission und empfiehlt folgende Beschlüsse zur Annahme: In Solingen wird ein Kandidat aufgestellt, der mit keiner der beiden Parteien in Verbindung steht. Die beiden Blätter

werden in eine verschmolzen und dieses Blatt kommt in Pacht-
regie. Die anwesenden Solinger Genossen beider Richtungen ver-
sprechen, für die Resolution in ihrem Wahlkreise einzutreten.
Hierauf folgt die Mittagspause.
(Fortsetzung in der morgigen Beilage.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der künftige Reichstag und das Marine-
septennat. Der offiziösen Münchener „Allg. Btg.“
wird aus Berlin geschrieben, man werde sich damit be-
gnügen müssen, für diesmal für die Marine das zu
fordern, was man irgend bekommen kann, und „dann
an den neugewählten Reichstag von neuem
mit einem Plan hervorzutreten, aus dem Klipp und
erhell, was im Interesse der Wehrfähigkeit des
deutschen Vaterlandes zur See unbedingt notwendig ist.“
— Damit gestehen die Marineoffiziösen also selbst ein,
daß der neue Tirpitz'sche Plan noch nicht „klipp und klar
erhell läßt, was im Interesse der Wehrfähigkeit zur
See unbedingt notwendig ist“ und daß man sich jetzt
schon vorbehält, weitergehende For-
derungen dem neugewählten Reichstag zu unter-
breiten.

Für die Flottenpläne wird gegenwärtig von der
offiziösen Presse in einer Weise Stimmung gemacht, die
sehr lebhaft an die Melinitomben- und Holzbaraden-
Agitation von 1886 erinnert, unter deren Einwirkung
man die Fälschungswahlen zu Stande brachte. Die „Köln.
Zeitung“ malte heute schon das Schreckensbild einer
feindlichen Landung an der deutschen
Ostseeküste aus. „Es unterliegt heute“, schreibt sie,
keinem Bedenken mehr, daß bei richtiger Vor-
bereitung in 24 Stunden ein Armeekorps
an irgend einem Punkte unserer so langen
und offenen Ostseeküste gelandet werden
kann. In weiteren 24 Stunden kann ein zweites
Armeekorps folgen, denn man übersehe nicht, daß
die heutigen Transportschiffe bereits ein Fassungs-
vermögen für 4000 Mann besitzen. Will man diese
Veränderung ziffernmäßig ausdrücken, so werden
deutscherseits als Gegenmaßnahme min-
destens 60000 Mann der Feldarmee
zum Küstenschutz abgezweigt werden
müssen. Das ist aber eine Truppe, auf deren Ent-
behrlichkeit nicht gerechnet werden kann und für die
unser Flotte selbstredend nach Lage der Dinge eintreten
muß. Das zu leisten, ist sie in ihrer jetzigen Verfassung
ganz außer Stande. Sie wird die Aufgabe aber erfüllen
können, wenn die Regierungsvorlage sie dazu in
Stand setzt.“

Man könnte nun zwar der „Köln. Btg.“ einwerfen,
daß die geforderten Schiffe doch auch bemant werden
müßten, und daß somit das Aufgebot von Mannschaften
zum Küstenschutz, ob Feldarmee oder Marine, immerhin
stattfinden müßte, aber es verlohnt sich kaum, mit den
Flottenfanatikern zu streiten.

Einen prächtigen Eieranz macht das Blatt zu dem
Zwecke, die bis weit in die „nationalen“ Kreise hinein
unangenehm empfundene Thatsache, daß das Marine-
Septennat einen Eingriff in das Budgetrecht des
Reichstages bedeutet, in das Gegenteil umzuliegen.
Nichts sei thörichter als die Annahme, es handle sich um
einen solchen Eingriff. „Die Regierung sucht in der
viel erörterten Frage gerade eine Verständigung mit dem
Reichstage. Wie sollte sie dies wohl besser erzielen
können, als durch die Vorlegung eines Planes für den
Ausbau der Kriegsflotte, den der Reichstag in allen
seiner Einzelheiten auf Jahre hinaus übersehen kann,
um sich demgemäß über die Vorlage schlüssig zu machen.
Dieser Wunsch ist außerdem von fast allen Parteien des
Reichstages gestützt worden. Es handelt sich aber bei
der Regierungsvorlage nicht um ein Septennat, um
dadurch das Etatsrecht des Reichstages zu beschränken,
sondern um eine Vorlage, die die Aufwendung an Zeit
und Geld genau erkennen läßt, die für die Ausführung
des Planes erforderlich ist.“

Mit Eleganz ist dabei der Umstand übergegangen, daß
durch prinzipielle Zustimmung zu den Plänen und durch
erkmalige Bewilligungen der Reichstag sich einfach fest-
fahren würde und um die alljährlichen Nachforderungen
nicht herumkommen könnte.

Sehr heiter klingt gerade jetzt, wo wieder eine Schiffs-
klasse, die vor Kurzem noch unumgänglich nötig war,
als nicht mehr brauchbar bezeichnet wird, nachdem ein-
zelne der dazu gehörenden Fahrzeuge kaum die Probe-
fahrt gemacht — sehr heiter klingt also folgende Ver-
sicherung des rheinischen Flottenblattes: „Die Vorlage
der Regierung ist auch nicht das Kind eines Augenblicks.
Die Grundzüge ihres Entstehens reichen mehrere
Jahre zurück.“

Dann darf man wohl darauf gefaßt sein, daß die zu
schaffenden Fahrzeuge schon „veraltet“ sind, bevor der
Kiel gelegt ist.

Die geplante Erhöhung der Brausteuer wird von den
Offiziösen so eifrig gelehrt, daß man alle Ursache hat,
mit diesem neuen Finanzprojekt erst recht zu rechnen.
Zum Ueberflus erhält auch die gewöhnlich zuverlässig
unterrichtete „Köln. Volksztg.“ eine Mittheilung von
guter Seite, in welcher es heißt: Ich erfuhr im Sommer
1895, nach Ablehnung der zweiten Tabakfabriksteuer-
vorlage, daß im preussischen Finanz-
ministerium eine staffelförmige Brau-
steuer ausgearbeitet worden sei. Mein
Gewährsmann, Direktor einer großen Brauerei, der un-
bedingtes Vertrauen verdient, theilte mir alle Einzelheiten
mit und bemerkte, daß er direkt aus dem Finanzministerium
komme, wo er als Sachverständiger gehört worden sei.

Der Mehrertrag war damals auf 30—32 Millionen ver-
anschlagt. Diesen Sommer, Juli 1897, ist nach meinen
Informationen die Brausteuer noch mal um-
gearbeitet worden, und zwar abermals im preussischen
Finanzministerium, wobei die Stufen auch für
kleinere und mittlere Brauereien erhöht worden sind,
um einen Gesamt mehrertrag von 55 Millionen
zu erzielen.

Und Reichstagsabgeordneter Böckel erklärt in einer
Zuschrift an die „Voss. Btg.“, daß auch er und andere
Vertreter des Brauergewerbes dem Rundschreiben der sächsi-
schen Behörden die Absicht einer Brausteuer-
erhöhung zu Grunde gelegt haben, und daß ins-
besondere in den Kreisen meiner sächsischen Berufsgenossen
die gleiche Auffassung Blaz gegriffen hatte, wie sich aus
den an mich und Andere gerichteten Zuschriften ergibt.
Wie sollte man auch die höchst auffällige und sonst ganz
unangebrachte Bemerkung in dem genannten Rund-
schreiben anders verstehen: „daß als Normalätze die
bayerischen zum Anhalt genommen werden mögen, da
man sächsischerseits in die Einführung von Staffelfätzen
vorausichtlich nur unter der Bedingung einwilligen würde,
daß sie in einer Höhe bemessen würden, die zugleich
wesentliche Mehreinnahmen aus der Brausteuer zur Folge
haben müßten.“ Abg. Böckel meint, daß, wenn auch
die Regierung jetzt kurz vor den Neuwahlen dergleichen
Steuerprojekt nicht auf die Tagesordnung setzen wird,
dies doch die Möglichkeit nicht ausschließt, für die
Zukunft vorzuarbeiten, eine Möglichkeit, mit
der man bei der notorischen Vorliebe maß-
gebender Persönlichkeiten für wesent-
liche Mehreinnahmen aus der Brausteuer
trotz des erfolgten Dementis zu rechnen haben wird.

Spitzels Dank. Wir haben dieser Tage berichtet,
daß der berüchtigte Gehülfe der Berliner politischen
Polizei, Normann-Schumann, die Frechheit
gehabt hat, Rebel und v. Marschall wegen an-
geblichen Meineides zu denunzieren. „Das ist also“,
sagt dazu sehr richtig der Reichsbote, „der Dank dieses
politischen Hochstaplers dafür, daß ihn das Gesetz
in Deutschland nicht rechtzeitig zu finden
wußte.“

Für das Volk ist's gut genug! Die Köln. Zeitung,
ein Leib- und Magenblatt der fatten Kapitalproben,
veröffentlicht einen Artikel, der sich mit der mangelhaften
Ausgestaltung der Postanstalten beschäftigt. Darin kommt folgende
bezeichnende Stelle vor:

„Es ließ sich doch nicht leugnen, daß in manchen
Fällen der aus weiten Kreisen der Bevölkerung bis nach
oben gedrungene Unmuth leider nur zu berechtigt war.
Zum Postamt braucht man eben, wenn man nicht will,
auch nicht selbst hinzugehen, man kann sich durch Boten
oder Dienerschaft vertreten lassen; wenn aber z. B.
eine Frau aus den gebildeten Ständen,
als Beugin vorgeladen, in dumpfen engen Wartezimmern
oder, was nicht besser ist, auf dem wenig sauberen oder
kalten, zugigen Flur eines Amtsgerichts eine Stunde und
mehr über die Annehmlichkeiten des allgemeinen Zeugen-
zwanges nachzudenken Gelegenheit erhält, so läßt sie in
ihrer Noth gewiß manchen Seufzer zum heiligen Stephan
emporsteigen.“

Für die Woten und die Dienerschaft wär's also noch
gut genug, aber die „Frau aus den gebildeten Ständen“
darf freilich sich keinen Schnupfen zuziehen, denn sie braucht
ihr Näschchen nötig, um es über die Begehrlichkeit des
„Pöbels“ zu rümpfen.

Ueber das Ergebnis der Landtagswahlen in Sachsen-
Weimar-Eisenach wird der Erfurter „Tribüne“ geschrieben:
„Wenn man das umständliche, einem großen Theile des
Volkes bisher vollständig unbekanntes Wahlverfahren, und
vor allen Dingen die vom letzten Landtage beschlossene
Verschlechterung des Wahlgesetzes in Betracht zieht, so
kann man mit dem erzielten Resultat vollständig zufrieden
sein. Während noch vor drei Jahren nur in zwei Wahl-
kreisen Stimmen für einen Abgeordneten der sozialdemo-
kratischen Partei abgegeben wurden, können wir jetzt das
erfreuliche Resultat verzeichnen, daß dies in sieben Wahl-
kreisen geschehen ist. Vor drei Jahren wurden im Groß-
herzogthum insgesamt 48 sozialdemokratische Wahl-
männer gewählt, während diese Zahl jetzt auf 92 ge-
stiegen ist, und außerdem erreichten in einer Anzahl von
Orten unsere zu Wahlmännern aufgestellten Kandidaten
eine ansehnliche Stimmenzahl. Während wir beispiels-
weise im Wahlkreise Apolda-Land vor 3 Jahren nur von
3 Wahlmännern Stimmen erhielten, ist jetzt ein Zuwachs
von 11 Wahlmänner-Stimmen zu verzeichnen (14 Sozial-
demokraten, 23 Nationalliberale). Im Wahlkreise Alstedt-
Döbeln ist der Sieg ebenfalls einen Schritt näher
gerückt; dem Resultat vor 3 Jahren (9 zu 17) steht jetzt
als Ergebnis gegenüber: 11 Sozialdemokraten und 15
Wahlmänner der Bauernbündler und Konservativen; und
dabei ist zu beachten, daß in Döbeln, trotz gegnerischer
Wahlbeeinflussung (im Wahllokal war ein Tisch mit
Zetteln der gegnerischen Liste aufgestellt) unsere 4 Wahl-
männer mit nur 3 Stimmen unterlagen. In Apolda
vermehrte sich die Zahl unserer Wahlmänner von 37 auf
sämmliche zu wählenden 52, so daß die einstimmige
Wahl unseres Kandidaten erfolgte. In Jena, Eisenach,
Kuhla, Münchenbernbach und Ilmenau, überall sind
Fortschritte zu verzeichnen.“

Dänemark.

Reichstag. Am Montag den 4. Oktober tritt der
dänische Reichstag zu der letzten Session in dieser
Legislaturperiode zusammen. Das dreijährige Mandat
des Volksthings erlischt am 9. April 1898. Angeblich
sollen die Neuwahlen indes bereits im Spätwinter vor-

genommen werden. Die Parteilage kennzeichnet sich da-
durch, daß eine Reihe von konservativen Abgeordneten
die Wiederannahme einer Kandidatur abgelehnt hat.
Augenblicklich sind die 114 Mandate des Volksthings
durch 54 Anhänger der linken Reformpartei, 26 moderate,
24 konservative, 9 sozialdemokratische und einen
liberalen Abgeordneten besetzt.

Einstweilen erwartet man in der bevorstehenden
Session Anträge über die auswärtige Politik, zu denen
die weiten Familienverzweigungen der Dynastie, die mit
fast allen europäischen Häfen verflochten ist, reichen Anlaß
bieten können; ferner wird jetzt nach Vollendung der
Kopenhagener Befestigung von der chauvinistischen Presse
die Verstärkung des Landheeres namentlich auch an Ar-
tillerie und Reiterei verlangt.

Asien.

Niederlage der Engländer in Indien. Eine Simlaer
Depesche der Central News zufolge erlitt General Jeffreys
eine neue ernste Niederlage gegen die Moh-
mands, die ihn mit einem Verlust von nahezu 50 Todten
und Verwundeten zum Rückzuge zwangen. Die Moh-
mands hatten die Auslieferung ihrer Hinterländer ver-
weigert, worauf Jeffreys Brigade Befehl erhielt, die
Züchtigung des Stammes, die durch Unterhandlungen
unterbrochen worden war, wieder aufzunehmen. Ein
heißer Kampf entstand, aber schließlich mußten die
britischen Truppen den Rückzug antreten, der dann
unter Deckung der Artillerie in guter Ordnung ausgeführt
wurde.

Der Emir von Afghanistan erließ eine Proklamation,
in der er, bei einer Strafe von 1000 Rupien im Falle
des Zumberhandelns, seinen Unterthanen verbietet, Af-
ghanistan zu verlassen, um an dem Jehad (dem
heiligen Kriege) theilzunehmen.

Lübeck und Nachbargebiete.

7. Oktober.

Achtung Holzarbeiter! Nach den Möbelabriken von
Geh. Wasserstradt, W. Senff, S. W.
Th. Bahrdt, J. P. S. Pamperin, F.
Schramm, sowie Demuth u. Co., ist der
Ruzug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w.
sind zu richten an D. Rohde, Lederstraße 3. Die
Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Lohnkommission der Holzarbeiter

Eine öffentliche Versammlung der Seeleute und
Hafenarbeiter findet heute Abend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im
Vereins Hause statt. — Referent ist Genosse
Störmer-Hamburg. Zahlreicher Besuch ist dringend
erwünscht.

Große öffentliche Volksversammlung am Freitag,
Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den „Central-Hallen“. Genosse
Schönlank-Leipzig wird über „Die politische Lage
und die kommenden Reichstagswahlen“ referiren. Karten
zu 10 Pf. sind an den bekannten Stellen zu haben.
Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Zu dem Urtheil des Hanseatischen Oberlandesgerichts
bezüglich des Streikpostens (grober Unfug)
bemerkte die „Frankfurter Zeitung“:

In Anbetracht der höchst merkwürdigen Juris-
diktion, die neuestens in Streifangelegenheiten be-
liebt wird, ist dieses Erkenntniß sehr beachtens
werth.

Bismärckerei. Das Amtsblatt bringt einen Abdruck
aus den „Hamburger Nachrichten“, der sich mit einem
Bismarck kritisirenden Artikel des „Vorwärts“ beschäftigt,
welcher offenbar dem Bismarckmoniteur wenig gefallen
hat. Da das Amtsblatt den Vorwärtsartikel wiedergibt,
so sind seine Leser ja in der Lage, selbstständig den In-
halt desselben zu beurtheilen und die „volle Ursprünglich-
keit des sozialdemokratischen Schimpf-Vergiftens“, die
sich darin offenbaren soll, zu betrachten. Wir brauchen
also keine weiteren Worte zu verlieren.

Stadt-Theater. „Der Evangelimann“, das
musikalische Schauspiel von Kienzel, welche Oper wohl zu
dem Schönsten gehörte, was in den letzten Jahren kom-
ponirt wurde und das an allen großen Theatern auch in
dieser Spielzeit wieder in den Spielplan aufgenommen
wurden, geht morgen, Freitag, als 7. Abonnements-Vor-
stellung in der 1. Abtheilung — Farbe roth — und gleich-
zeitig als das Freitag-Abonnement in Scene. Sonnabend
wird als zweite volkstümliche Vorstellung
bei halben Preisen und Schiller's „Don Carlos“
gegeben.

Ueber „Das höchste Gesetz“, welches bekanntlich dieser
Tage am „Berliner Theater“ zur Aufführung gelangte,
schreibt der Berliner Theater-Referent der „Frankfurter
Zeitung“ u. A.:

„Das höchste Gesetz“ ist eine melodramatische Tendenz-
komödie. Herr Szafrański ist Redakteur der „Eisenbahnzeitung“
in Lübeck. In seiner ersten journalistischen Jugend hatte er sich
noch radikal geberdet und mußte sogar wegen einer Bismarck-
Beleidigung nach Pöhlensee. Auf den gereinigten Züngling
könnte heute selbst das Auge eines Stumm mit Wohlgefallen
blicken. Dem Szafrański giebt sich heute als leidenschaftlichen
Sozialistenwürger. Mich kümmert hier die Tendenz nicht; sie
ist so kindisch, nach durchgeführt, daß nur ein Narr sich ärgern
könnte. Das heißt, inbrünstige Bemühen des Direktors Alois
Prasch, sich noch obenhin lieb Kind zu machen, wird durch ver-
ärgerte Tendenzkomödien, die bei Freunden und Gegnern des
Sozialismus der Mächtigkeit verfallen, ebenfalls nicht gefördert.
Selbst das Lokal-Anzeiger-Publikum des Berliner Theaters, das
in öffentlichen Angelegenheiten gewiß nicht sehr regiam empfindet,
ließ sich durch die trivialen Schlagworte Szafrański's nicht
erregen. Wozu nun diese Dilettantenstücke, in denen jeder literar-
künstlerische Geist erstickt wird und die älteste Form des lar-
manten Melodramas wieder auflebt?“

Und im „Hamburger Fremdenblatt“ schreibt ein Ber-
liner Theaterkritiker:

„Das Stück soll in Lübeck gefallen haben; in
Lübeck müssen besondere dramatische Kunst-

gefehe herrschen. In Berlin ist es einfach durchgefallen, und der Verfasser darf nicht sagen, daß er hier Feinde zu Bekämpfern hatte. Im Gegentheil, man war gekommen in der Erwartung, ein neues dramatisches Talent aufzudecken zu sehen; man glaubte nach dem ersten Akt auch, es gefehen zu haben. Dann aber trat ein Zustand ein, für den die Seelenärzte noch keinen wissenschaftlichen Namen erfunden haben, so daß ich ihrer Ohnmacht zu Hilfe komme mit dem Vorschlag, ihn verblüffte Längeweile oder gelangweilte Verblüffung zu nennen."

Man wird sich erinnern, daß der Verfasser s. Zt. von der hiesigen Presse außerordentlich beweidert wurde, und als Genosse Friedrich das Ding beim rechten Namen nannte, diesen vor den Rabi fordern wollte, was er allerdings vernünftiger Weise ausgegeben hat. — Angesichts dieser Thatfachen sind jene von bürgerlicher Seite stammenden Kritiken der Leistungen des Hofdichters des Arbeitgeber-Verbandes wohl zu beachten. Die Herren von der Obertrave haben mit ihrer Sozialistenhölerei ein riesiges Pech. Wir kondolieren.

Einer von denen, die durch ein dickes Brett guten Können, wenn ein großes Loch darin ist, besand sich, so schreibt uns ein eifriger Leser unseres Blattes, am Sonntag Morgen in einer in der Fackelburger Allee belegenen Wirtschaft. In letzterer waren auch ein Kapellmeister und ein Feldwebel anwesend, deren Gespräch sich um eine Schlägerei zwischen „Militär und Civil“ drehte. Plötzlich wandte sich oben erwähnter Herr an den Kapellmeister mit der Frage, ob die Pauerei vielleicht am Sonnabend stattgefunden habe. Er sei nämlich Hirsch-Dunderianer und bei Gelegenheit einer öffentlichen Versammlung, welche in der Flora stand, mit Einem von der rothen Gesellschaft zusammengerathen, dem er aber gehörig den Kopf gewaschen habe. Vermuthlich sei die erwähnte Affaire auch von der „rothen Wase“ verursacht. Die Belästigungen, welche die Hirsch-Dunderianer von der rothen Gesellschaft zu erdulden hätten, seien haarsträubend. Die Sozialdemokraten erdreisteten sich sogar, Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten. Er, geborener Weisklinger und gebieter Unteroffizier, wäre auch früher einmal Sozialdemokrat gewesen, habe sich aber, nachdem er das Treiben dieser Gesellschaft durchschaut, von ihnen abgewandt und sei Hirsch-Dunderianer geworden, die doch bestrebt seien, mit ihren Arbeitgebern in Frieden zu leben. Sein energisches Wesen und seine Gerechtigkeitsliebe betontend verabschiedete er sich von seinen Zuhörern, die allerdings wenig Vertrauen zu ihm zu haben schienen.

Und wer war dieser Held, fragt der Schreiber? Ein in der S. Straße wohnender, auf einer großen Emaillewaarenfabrik vor dem Holstenthor thätiger Arbeiter, welcher, trotz der von ihm betonten Gerechtigkeitsliebe, es mit der Erfüllung seiner Verbindlichkeiten anderen Leuten gegenüber durchaus nicht so peinlich nimmt.

Unsere Ansicht ist, daß wir froh sein können, wenn solche Leute unseren Kreisen fernbleiben. Staat ist mit ihnen nicht zu machen.

Die Einnahmen an Staatssteuern und Abgaben betragen im Monat September: Einkommensteuer 14 115,16 Mark, Erbschaftsteuer 3 174,72 Mk., Veräußerungsabgabe 15 354,66 Mk., Stempelabgaben 10 790,60 Mk., Schiffsabgaben 35 278,42 Mk., insgesammt 78 713,56 Mark oder 3552,29 Mk. weniger als im Vorjahre. Das Minus fällt hauptsächlich auf das Konto der Erbschaftsteuer. Seit 1. April sind gegen 1896 mehr eingegangen 272 120,73 Mk.

Dem Zwangsarbeitshause wurden im September überwiesen 7 Männer und 1 Frau. Dem Berufe nach waren es 3 Arbeiter, 1 Maurer, 1 Bildhauer, 1 Commis, 1 Kaufmann, 1 Dienstmädchen. Das Alter schwankte zwischen 21 und 60 Jahren. Grund der Ueberweisung war in 6 Fällen Betteln, in je 1 Falle Nichtbeschaffung eines Unterkommens und gerwerbsmäßiger Unzucht. Die Ueberweisung erfolgte in 3 Fällen auf 2, in 1 Falle auf 1 1/2, in 1 Falle auf 1 und in 3 Fällen auf 1/2 Jahr.

Anzeigepflichtige Krankheiten im September ds. Jz. Es erkrankten an Diphtherie 5, an Scharlach 2, an Typhus 8, an Wochenbettfieber 1 Person. Davon starben an Typhus 2 Personen.

Vom Tage. Ein ausgefektes Kind weiblichen Geschlechts, ca. 1 1/2 Jahre alt, wurde gestern Abend von einem Kofferträger in einem Gebüsch in der Nähe des Bahnhofs aufgefunden. Die Kleine, deren Identität noch nicht festgestellt werden konnte, wurde hier in Pflege gegeben.

Fouragepreise. Auf Grund der Bestimmung unter I zu § 6 Biffer 3 der Instruktion vom 30. August 1887 zur Ausführung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die für die Vergütung im hiesigen Freistaate verabreichter Fourage maßgebenden Durchschnitts der höchsten Tagespreise mit einem Aufschlage von fünf vom Hundert im verfloffenen Monat betragen haben für 1 dz Hafer 15,48 Mk., Heu 7,61 Mk., Nichtstroh 7,61 Mk., Krummstroh 6,56 Mk.

Pferdemarkt. Am Donnerstag, den 14. Oktober d. Jz., wird der dritte diesjährige Pferdemarkt auf dem an der Fackelburger Allee nordwestlich von der Waisenhof-Allee belegenen Terrain abgehalten werden. Für die an den Markt zu bringenden Pferde ist ein Anbindegeld von je 45 Pfennigen zu erlegen. Pferde, welche mit dem Noz, der Kräge oder mit anderen Krankheiten behaftet sind, dürfen nicht an den Markt gebracht werden.

Curatelbestellung. Für den Privatmann Adolph Wilhelm Kripner hieselbst ist der Privatmann Joh. Friedr. Hermann Meths zum Beisitzer gemäß § 93 der Vormundschafts-Ordnung bestellt worden.

Curatelbestellung. Für den mit unbekanntem Johs. Joachim Arnold Oldenburg ist der Kaufmann Theodor Johann Heinrich Lenschau zum Curator gemäß § 100 der Vormundschafts-Ordnung bestellt worden.

In das Handelsregister ist eingetragen am 5. Oktober 1897: auf Blatt 939 bei der Firma „J. E. Bunge“: die Firma ist erloschen. Das Geschäft ist ohne die Firma auf die Blatt 2008 eingetragene Firma S. L. Wiegels vorm. J. E. Bunge übergegangen; auf Blatt 2008 die Firma „S. L. Wiegels vorm. J. E. Bunge“. Ort der Niederlassung: Lübeck. Das Geschäft ist bisher unter der Blatt 939 eingetragenen, jetzt erloschenen Firma J. E. Bunge geführt.

Gefundene Sachen. Im Monat September ds. Jz. sind beim Polizeiamte als gefunden eingelefert und nicht wieder abgefordert worden: Schlüssel, Schirme, Jacken, Handschuhe, Strümpfe, Brillen, Hüte, Bücher, Schuhe u. v. A. m.

Als Hebamme ist die Ehefrau Henriette Stradtman geb. Werner, Adlersstraße 35 c hieselbst, zugelassen und beeidigt worden.

Bloen. Zur Nachwahl im 9. Wahlkreise. Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt: Für die Freisinnige Vereinigung charakteristisch ist ihr Verhalten zu der Reichstagswahl in Oldenburg-Bloen. Die Freisinnige Volkspartei hat daselbst bekanntlich am vorigen Donnerstag einen heimlichen Kandidaten in der Person des Hofbesthers Friß Schmidt zu Havighorst bei Reinfeld aufgestellt und hat derselbe diese Kandidatur auch angenommen. Herr Schmidt ist ein im Kreise selbst angesehener Landwirth, dessen Hof in Fachreisen als Musterwirtschaft gilt. Wenn irgend ein liberaler Kandidat im Stande ist, diesen Wahlkreis, die Hochburg der Agrarier und Konservativen in Schleswig-Holstein zu gewinnen, so ist es ein so angesehener Landmann aus dem Kreise selbst. Demgemäß hat die Kandidatur auch sofort Zustimmungserklärungen aus den Hauptorten des Wahlkreises erhalten. Aber was thut die Freisinnige Vereinigung, welche doch sonst sich gern als eine besonders bauernfreundliche Partei hinstellen möchte, und ihre Nordostkandidaten als besondere Vertrauensmänner der Landleute preist? Kaum hat sie von der bereits am Freitag und Sonnabend in allen größeren Blättern Schleswig-Holsteins proklamirten Kandidatur Kenntniß erhalten, so dekretirt sie dem Wahlkreise auf ihrem sogenannten Parteitag in Neumünster am Sonntag den Pastor Hoed in Hamburg als Kandidaten. Pastor em. Hoed wohnte bis vor Kurzem in Flensburg und ist alsdann nach Hamburg verzogen. Herr Alexander Niepa aus Kiel hatte bei einer Konferenz von freisinnigen Vertrauensmännern beider Richtungen schon Herrn Pastor Hoed vorgeschlagen. Es waren aber gegen diese Kandidatur schon bei dieser Konferenz die erheblichsten Bedenken erhoben worden, und war man deshalb übereingekommen, vor einer Inbetrachtung dieser Kandidatur gewisse Erklärungen von Herrn Hoed zu verlangen. Diese Erklärungen waren durchaus unbefriedigend ausgefallen und hatte in Erwartung dessen die Freisinnige Volkspartei Herrn Hofbesther Schmidt in Aussicht genommen. Herr Hoed aber, der noch am Sonnabend erklart hatte, er sei im Wahlkreise völlig unbekannt und glaube keinerlei Erfolg erzielen zu können, ließ sich gleichwohl durch die Herren Barth und Niepa bestimmen, am Sonntag seine Dekretirung in Neumünster gut zu heißen. Es wiederholt sich also dasselbe Spiel wie in Suhrau-Stein und in Rummelsburg-Schlau. Man sucht durch Einwirkung von Außen einem Wahlkreise eine Kandidatur aufzuzwingen, nur um eine Kandidatur der Freisinnigen Volkspartei zu Fall zu bringen. Und diese kleinliche Macho vollzieht sich unter der in Schleswig-Holstein noch besonders lebhaft betonten Parole „der Einigung aller Freisinnigen.“ Bezeichnend auch ist es, daß ein Provinzial-Parteitag es unternimmt, den einzelnen Wahlkreisen Kandidaten vorzuschreiben. Ob einflußreiche Personen aus dem Wahlkreise Oldenburg-Bloen überhaupt in Neumünster anwesend gewesen sind, ist durchaus zweifelhaft. Jedenfalls stand auf der Tagesordnung dieses Spezial-Parteitages der Freisinnigen Vereinigung keine Nominirung von Kandidaten und war zu diesem Zweck nicht eingeladen worden. Niemals auch ist es einem Parteitag der Freisinnigen Volkspartei in den Sinn gekommen, für einzelne Wahlkreise Kandidaten zu proklamiren. Dies hat man stets der selbstständigen Entschliebung der Vertrauensmänner des einzelnen Wahlkreises auf besonderen Konferenzen vorbehalten. Der Wahlkreis Oldenburg-Bloen gehört ebenso wie Suhrau-Stein und Rummelsburg-Schlau zu denjenigen Wahlkreisen, in welchen 1893 sämtliche freisinnige Stimmen auf einen Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei abgegeben worden sind."

Demgegenüber wird nun erklärt: „Da Herr Schmidt-Havighorst als Vertrauensmann des Kreises an dem Beschlusse, Herrn Hoed die Kandidatur zu übertragen, selbst Theil genommen hat, so kann die Zeitungsnachricht, daß er als Kandidat aufgestellt sei, nur auf Irrthum beruhen.“ — Kinder, Kinder, wie soll das noch enden!

Wie sich jetzt herausstellt, hat bei der Aufstellung des Kandidaten des Bundes der Landwirthe für die Erziehung in Bloen-Oldenburg wieder ein Landrath die Führung gehabt. Die bekannte Bloener Versammlung, welche angeblich durch den nationalliberalen Landtagsabgeordneten Groth veranlaßt sein sollte, ist thatsächlich von dem Landrath Sprenger eröffnet worden.

Die Zurückziehung der Kandidatur des antisemitischen Grafen Reventlow wird von den „Deutschsozialen Blättern“ mit folgenden Worten begleitet: „Wir haben nicht damit gezögert, es zu thun, nachdem auch der Bund der Landwirthe seine Zustimmung zu der Kandidatur des

Herrn von Tungen gegeben hat. Ob nunmehr der Vorstand des Bundes für die Provinz Schleswig-Holstein es für seine Ehrenpflicht ansehen wird, den ganz grundlosen, nur auf den Eigennutz einiger wenigen Bundesmitglieder beruhenden Widerspruch gegen die Kandidatur Naab im Kreis Flensburg zu beseitigen, wollen wir abwarten. Geschieht es nicht, so bleibt für die nächsten allgemeinen Wahlen ja noch ein großes Feld für Vergeltungspolitik.“ Die Antisemiten haben sich also als Hüthe des Bundes der Landwirthe und der konservativen Junker diesem unterworfen.

Hamburg. Bei dem Montag erfolgten Schlusse den Gartenbau-Ausstellung geriet die der „gebildete“ Pöbel vielfach in derselben Art und Weise, wie das seiner Zeit bei dem berühmten Radfahrerfest in Bremen geschehen ist. Die „Neue Hamb. Btg.“ weiß davon Folgendes zu erzählen: „Das anständige Element zog sich gegen 11 Uhr zurück und überließ den „besseren Rowdies“ das Feld. Die Szenen, die sich von 12 Uhr bis zum frühen Morgen abspielten, spotteten jeder Beschreibung. In der Waldbrauerei wurden Guirlanden, die sich durch das Lokal zogen, buchstäblich in Fetzen gerissen. Jeder, der ein Stück der Bekrängung erlangen konnte, schwang die verdorrten Blätter als Trophäe über den Kopf, nicht achtend der hinter und neben ihm Stehenden, denen er die Dornenblätter einfach in's Gesicht schlug. In fast sämtlichen Lokalfitäten wurden die Plakate und Schilder von den Wänden gerissen und auf die Hüte oder an den Rock gesteckt, während man die Bieruntersätze als Wurfgeschosse verwendete. Besonders schlimm ging es im Treibhause zu. Hier wurden nicht nur die Plakate und Schilder mitgenommen, auch die Ausstattung des Lokals, die Ruhglocken, die Schneebälle u. a. m., fiel dem Publikum zum Opfer. Eine Gesellschaft junger Leute, mit aufgeregten und gänzlich zerfetzten Regenschirmen, bewaffnet mit Blasinstrumenten, durchzog johlend und brüllend den Park, während wieder andere sich mit Blechschilbern und Geräthen versehen hatten, die einzelnen Musikpodien betreten und Kopeky kopirten. Auch kleinerer Reibereien und Schlägereien kamen hier und da vor. Eine große Anzahl dieser Rabaubrüder trug Niefenbouquets in den Knopflöchern; die jungen Leute hatten einfach den Blumenfior im Park geplündert. Alles in Allem herrschte in der letzten Nacht ein wildes Treiben im Ausstellungsgelände, was in Folge des vornehmen Charakters, den sich die Ausstellung bis zum letzten Tage bewahrt hatte, lebhaft zu bedauern ist, da auch viele Fremde im Parke anwesend waren, die jetzt einen recht schlechten Begriff von der Ausstellung mit nach Hause genommen haben dürften.“

Altona. Zum Ueberfall eines Polizeibeamten. Wir theilten kürzlich mit, daß der Kriminalbeamte Dörr in Ausübung seines Berufs in der Christianstraße von einem Menschen, der der Polizei als Zuhälter bekannt ist, überfallen und mit einem Schlagring zu Boden geschlagen worden sei. Der Beamte ist schwer verwundet worden und befindet sich noch jetzt in ärztlicher Behandlung. Heute können wir mittheilen, daß der rohe Patron ein Arbeitswilliger war, der eine Witzstelle bekleidete.

Lüneburg. Die Staatsanwaltschaft veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Nachdem durch die stattgehabten Ermittlungen festgestellt ist, daß dem Unfall, der am 14. August cr. der Schnellzug Nr. 73 D zwischen Celle und Gesehe betroffen hat, ein vorfälliges Verbrechen nicht zu Grunde liegt, wird die Bekanntmachung vom 21. August cr., nach der von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten eine Belohnung von 3000 Mk. für die Entdeckung des Thäters ausgesetzt ist, hiermit zurückgenommen.“

Briefkasten.

H. F., Travemünde. Wenn Jemand, der einen Offenbarungseid geleistet hat, unter Verschweigung dieser Thatsache Einläufe auf Kredit macht, so läßt sich dagegen nur etwas machen, wenn er bei dem Einkauf in dem Verkäufer durch irgendwelche Manipulationen eine irrthümliche Ansicht über seine Kreditwürdigkeit erregt. Das wäre strafrechtlich zu verfolgender Betrug. Giebt aber der Verkäufer die Waaren auf guten Glauben, und ohne Sicherheitsleistung oder Ausweis über Zahlungsfähigkeit des Käufers zu fordern, so läßt sich nichts gegen den Käufer machen. Das ist eben Geschäftsrisiko, gegen das jedoch die Klausel immer schützen würde, daß im Nichtzahlungsfalle die Waare zurückerhalten habe. Sind übrigens die verkauften Waaren von bleibendem und nicht geringem Werth, (d. h. lohnt es die Gerichtskosten), so können die Sachen auf dem Pfandungswege dem Käufer wieder abgenommen werden. Das verhindert auch ein geleisteter Offenbarungseid nicht!

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 6. Oktober.
Der Schweinehandel verlief gut.
Hauptkäufer wurden 980 Stück. Preise: Berufschweine schwere 60—63 Mk., leichte 58—60 Mk., Sauey 50—58 Mk. und Ferkel 55—58 Mk. pr. 100 Pfd.

See-Berichte.

D. „Wm. Minlos“, Kapl. Schalk, ist am 5. Oktober von Neval nach Petersburg weitergegangt.
D. „Storfursten“, Kapl. Favorin, ist am 5. Oktober in Gango angekommen.
D. „Afrika“, Kapl. Andersen, ist am 5. Oktober in Kotka angekommen.
D. „Dore“, Kapl. Bestow, ist am 6. Oktober von Kalmar auf hier abgegangen.
D. „Kant“, Kapl. Wulf, ist am 6. Oktober in Königsberg angekommen.
D. „Jafon“, Kapl. Raffen, ist am 6. Oktober von Emmerich bergwärts gefahren.
D. „Imatra“, Kapl. Schöning, ist am 5. Oktober in Kotka angekommen und am folgenden Morgen nach Wyborg abgegangen.
D. „Sanja“, Kapl. Schmalzfeldt, ist am 5. Oktober in Sibau angekommen.
D. „Wm. Minlos“, Kapl. Schulz, ist am 6. Oktober in Kronstadt angekommen.
D. „Europa“, Kapl. Voigt, ist am 6. Oktober in Ruffis angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu veranlassen und bei event. Einsenden sich auf unser Blatt zu beziehen.

Uns Freund Heinrich Bohmhoff toßen 47. Wagnersstr. 999 mal dünneres Hoch, das die ganze Margarethenstrat wackelt in das schöne Gut 14a und den Stov to haben kommt.

Zu verm. 1 mbl. Zimmer u. Schlafkabinett
Näheres Kupferstraße 7.

Zu vermieten ein Logis
Engelsgrube 77/17.

Eine freundlich möblierte Stube
als Logis zu vermieten Düstere Querstr. 14.

Zu vermieten zum 1. Januar in der untern Johannisstraße eine Barterewohnung: 2 Zimmer, 2 Kammern und Zubehör zu Mtl. 240. Näheres Bismarckstraße 17, 2. Etage.

Zu verm. ein möbl. Barterezimmer
nach vorne Gr. Kiebau 25.

Gesucht zum 1. April 1898 eine Wohnung von 2 bis 3 Zimmern, für ruhige Leute, inmitten der Stadt. Offerten unter **K. B.** an die Expedition d. Bl.

Gesucht zu sofort ein Kaufjunge oder Kaufmädchen zum Probieren
Langer Lohberg 49.

Gesucht pr. sofort ein Lehrling
unter günstigen Bedingungen für meine Bäckerei u. Conditorei.
L. Nolte jr., Meierstr. 39.

Billig zu verkaufen ein neues vollständiges Bett mit Bettstelle
St. Annenstraße 12.

Für Krämer!
Ein Petroleum-Mess-Apparat für 7 Mtl. zu verkaufen
Rosenstraße 21.

Frau Riek, Hebamme,
wohnt jetzt
Reiserstraße 41.

Paul Berlis, Massieur,
wohnt jetzt
30 Hüxstraße 30.

Horstmann Wwe., Hebamme,
wohnt
Glockengießerstraße 16.

Aug. Lohf, Schneider, M. Gröpelgrube 3.
empfiehlt sich zu sämtlichen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten.

Von heute ab kostet die **Schwartauer Metereibutter** 1 Mtl. 20 Pf., bei Abnahme von 5 Pfd. 1 Mtl. 10 Pf.
Frau Iben, Dankwartgrube 48.

Feinste französ. Gf-Kartoffeln,
Sack 5,50 Mtl.

Feinste gelbf. Magnum bonum,
Sack 4,50 Mtl.

Zwiebeln, Pfd. 10 Pfg., 5 Pfd. à 8 Pfg.,
Eintochbirnen, Pfd. 65 Pfg.,
sowie sämtliche Colonial- u. Fettwaaren empfiehlt
auf's Beste **Friedrich Nehlsen,**
Rosenstraße 21.

Täglich an der Bahn
feinste französ. u. gelbfochende
Magnum bonum
zu allerbilligsten Preisen.
August Jensen, Hartenge. 21.

Krumpffreie echt indigoblau
Hemdenflanelle
Meter 180, 160, 180 Pfg.
Blauwette

Wollzeuge
Meter 150, 170, 190 und 260 Pfg.
empfiehlt

Carl Karstadt,
20 Holstenstraße 20.

Seegras, schön trocken, See-
grasmatrizen, eiserne Bett-
stellen, fertige Betten u. Federn
empfiehlt billigst

Carl Karstadt,
20 Holstenstraße 20.

Dauerhaftes Kinder-, Mädchen- und
Damen-Fußzeug,
Sitz-Bantoffeln, Sitz-Schuhe
empfiehlt billigst

Rud. Kracht, Rakeb. Allee 40.

Bestellungen auf Nähmaschinen
verschiedener Systeme nimmt entgegen
W. Ruth, Eg. Lohberg 41.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend zur Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage das
früher H. Haupt'sche Geschäft übernommen habe.
Schnelle und gute Bedienung zusichernd, bittet um geneigtes Wohlwollen
Johs. Tollgreve, Goldschmied,
Königsstraße 82.

Einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum die ergebene Mitteilung, dass ich heute **Mengstraße Nr. 6** (am Eingange der Markthalle) ein
Cigarren-Geschäft
eröffnet habe.
Durch denkbar günstigste Abschlüsse bin ich in der Lage, wirklich gute Waare preiswerth liefern zu können.
Indem ich bitte, mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne
Hochachtungsvoll
Hermann Baade.

Oeffentliche
Volks-Versammlung
am Freitag den 8. Oktober
Abends 8¹/₂ Uhr
im Lokale des Herrn Dürkop, „Central-Hallen“.
Tags-Ordnung:
Die politische Lage und die kommenden Reichstagswahlen.
Referent:
Reichstags-Abgeordneter Dr. Bruno Schönlanck.
Eintrittskarten hierzu sind zu haben bei allen Vertrauensleuten und bei **C. Wittfoot,** Hüxstraße 18; **G. Kühler,** Wötkerstraße 18; **G. Meyer,** Klappenstraße 24 a, sowie in der Expedition des „Lübecker Volksboten“.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Das Bürgerliche Gesetzbuch
für das Deutsche Reich.
Nach den Beschlüssen des Reichstages in dritter Berathung, mit dem Einführungsgesetz und einem ausführlichen alphabetischen Sachregister.
Preis 1 Mark.
Zu beziehen durch die Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

A. L. Mohr'sche
FF-Margarine
im Geschmack und Nährwerth gleich guter Butter empfiehlt
pr. Pfund 65 Pf.
sowie billigere Marken zu 60 Pf. u. 50 Pf. per Pfd., stets frisch, da täglich mehrere Gebinde gefertigt werden.
Ludw. Hartwig,
Obertrave 8.

Special-Geschäft
für
holl. Süßrahm-
Margarine
August Holst,
Holstenstraße 6.

Holländische
Süßrahm-Margarine
FF. 60 Pfg.
August Holst,
Holstenstraße 6.

Geschäfts-Übernahme
Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich die bisher von Herrn **Wischen-dorf, Marsesgrube 46,** geführte
Colonialwaaren-Handlung
übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, stets gute und reelle Waare zu billigsten Preisen zu liefern und bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Lübeck, den 6. Oktober 1897.
Hochachtungsvoll
H. Hinrichs.

Kopffleisch, Pfd. 40 Pf.
Leberwurst und Brodwurst
à Stück 10 Pfg.
empfiehlt
Heinr. Viereck, Hüxstraße 96.

Grosse Auction?
am Freitag den 8. Oktober, Nachmittags 2¹/₂ Uhr
in der Hundest. 41
über: Mobilien, Waaren aller Art, Commoden, Eichenstoffer, Sopha, Stühle, Betten, schwarze wollenne Strümpfe, Schlafbeden, Normalwäsche, Bett- und Leibwäsche, ein großer Posten getragener Herren- und Damen-Kleidungsstücke, Hausfeger, Regulator, ff. Cigarren und vieles nicht Genannte mehr.
Weitere Aufwendungen werden Hundest. 8 erbeten.
J. C. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator.

Geschäfts-Eröffnung.
Einem geehrten Publikum Lübecks die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage
St. Johannis 8 ein
Barbier- u. Friseur-Geschäft
eröffnet habe und bitte ich einem geehrten Publikum mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen
Hochachtungsvoll
Ad. Richter,
Barbier u. Friseur.

Da ich am 1. Oktober die
Einfielersfahre nebst Wirthschaft
übernommen habe, bitte ich den geehrten Bewohnern Lübeck's und Umgegend freundlichst, mich mit ihrem Besuch zu beehren.
Für gute Bedienung wird bestens gesorgt
A. Schnoor, Einfielersfahre.

Achtung!
Bauarbeiter!
Die am Freitag, den 8. Oktober tagende Mitgliederversammlung findet wegen der öffentlichen Volksversammlung nicht statt.
Die Ortsverwaltung.

Verschieten von
fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchsleisch
am Freitag den 8. Oktober
in der Krämer-Compagnie Schüsselboden 24.
Beginn des Schießens Morgens 10 Uhr.
Einsatz 50 Pfg. Hierzu ladet ergebenst ein
H. Glenn.

Ausstoßen
von
fetten Gänsen und Rauchsleisch
auf einem Ziehbillard
am Sonntag den 10. Oktober
von 11 bis 1 Uhr und von 4 bis 10¹/₂ Uhr.
Einsatz 50 Pfg., wofür 3 Stühle.
Hierzu ladet ergebenst ein
Gust. Kühler, Wötkerstr. 18.

Zoologischer Garten
Lübeck.
Die **Lappänder-Vor-**
führungen
täglich 3¹/₂, 4¹/₂ und 5¹/₂
Uhr Nachmittags.

Emil Naucke's Variété
im Concerthaus, Fünshausen.
Strazzini
Strazzini
Strazzini
und die famose **II. Serie.**
Nur Künstler allerersten Ranges.
Schnittbillets 8¹/₂ Uhr.

Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug

Auftreten von 25 internationalen Künstlern. Anfang 8 Uhr.

Stadttheater in Lübeck.
Freitag, 7. Abonnement-Vorst. 1. Abth. Noth.
Freitag-Abonnement Nr. 2.
Der Evangelmann.
Musikal. Schauspiel in 3 Akten von Ringel.
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
Sonntabend: 2. volkstümli. Vorst. z. ernäß. Preisen.
Don Carlos.
Die nächste Aufführung von **Renaissance**
findet Montag den 11. d. M. statt.

Speise-Halle Hansa.
Mengstraße 24 (gegenüber Schüsselboden).
Geöffnet von 1/6 Uhr Morgens.
Sente Freitag:
Brodsuppe mit Korinth, Gulasch, Kartoffeln, Gurken.
Preise für Mittag 20, 30 und 40 Pfg.
Abendessen von 6 Uhr an. Portion 30 Pf.

Der Parteitag

der deutschen Sozialdemokratie zu Hamburg.

Hamburg, den 5. Oktober 1897.

Zweiter Verhandlungstag.
Nachmittags-Sitzung.
(Fortsetzung.)

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“ erhält das Redner

Abg. **Webel**. Er hebt die hohe Bedeutung der nächsten Wahlen hervor. Die Verlängerung der Legislatur-Periode war nur ein Produkt der Angst vor der Sozialdemokratie. Das allgemeine Wahlrecht ist jetzt in Gefahr. Von der allerhöchsten Person bis hinab in weite Kreise herrscht die Ansicht, daß das allgemeine Wahlrecht nicht zu halten sei. Lange Sorge erfüllt auch einen Teil unserer Gegner. Auch in den Reihen der bürgerlichen Demokratie sagt man sich, daß es so nicht weitergehen kann. Von den nächsten Wahlen wird es abhängen, ob eine Veränderung in der bisherigen Politik eintreten wird oder nicht. Ob die Staatsstreich-Gefährte, welche unsere Junker alljährlich mit immer größerer Unverschämtheit zur Schau tragen, zur Wahrheit werden, wird wesentlich auch von dem Ausfall der Wahlen abhängen. Unsere Genossen werden Jähne und Mägel daran setzen, die Zahl unserer Stimmen auf mindestens 2 Millionen zu bringen. Daß man uns provozieren wird, ist für mich nur eine Frage der Zeit. Nichts weniger ist angebracht als jener Optimismus, der sagt, man male Grau in Grau. Ich will Niemandem Furcht einjagen, wenn es zum Kampfe kommt, werde ich meinen Mann stehen. Die Partei wird auch siegen, mögen noch so viele einzelne Genossen zu Grunde gehen. (Bravo.) Der heutige Parteitag soll die Vorbereitungen zur Wahl treffen. Die Organisation muß festgestellt werden, die nötigen Mittel müssen bereit gestellt werden. Geld — Geld — Geld — ist notwendig zum Krieg führen. Die Taktik unserer Partei muß genau besprochen werden. Frohne soll in Baden das Wählen eines bürgerlichen Demokraten empfohlen haben nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“. Der Bericht ist unrichtig, Frohne hat das nicht gesagt, es ist auch unbillig, daß er so etwas gesagt haben kann. Wir können da, wo wir selbst nicht stark genug sind, nicht gleich einem bürgerlichen Kandidaten die Stimmen geben. Nebenher empfängt folgende Resolution:

1. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, soweit dies noch nicht geschehen ist, in die Vorbereitungen für die allgemeinen Reichstagswahlen einzutreten und in allen Wahlkreisen, in welchen organisierte Parteigenossen vorhanden sind, ohne Rücksicht auf die Zahl der zu erwartenden Stimmen, einen Parteikandidaten aufzustellen.

2. Im Falle einer engeren Wahl in einem Wahlkreis, bei welcher der Kandidat der Partei nicht in Frage kommt, sind die Parteigenossen gehalten, demjenigen Kandidaten einer bürgerlichen Partei ihre Stimmen zu geben, der sich verpflichtet, im Falle seiner Wahl für Folgendes im Reichstage einzutreten:

a) Für Aufrechterhaltung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts in seiner jetzigen Gestalt, es sei denn, daß es sich um Vorschläge auf Erweiterung oder größere Sicherung desselben handelt.

b) Für Aufrechterhaltung des unverfälschten Budgetrechts des Reichstages (kein Septennat, Quinquennat).

c) Für Sicherung des vollen Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechtes durch ein Reichsgesetz.

d) Gegen die Einführung von Ausnahmegesetzen irgend einer Art und gegen die Verschärfung des bestehenden Strafrechts, soweit es sich dabei um politische Vergehen oder Verbrechen handelt.

e) Gegen jede Verschlechterung der bestehenden Press-Gesetzgebung.

f) Gegen die Einführung neuer oder die Erhöhung bestehender indirekter Steuern und Bölle auf notwendige Lebens- und Genussmittel (Wier, Tabak etc.)

3. Kommt kein Kandidat in Frage, der sich auf diese Forderungen verpflichtet, so ist strikte Stimmenthaltung zu proklamieren. Nebenher erläutert den letzten Punkt noch damit, daß in Essen z. B. gegen Stöbel (Centr.) König Krupp von den Parteigenossen gewählt worden sei. Er giebt schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß die Partei noch 30 neue Mandate gewinnen werde. Er bittet um möglichst unveränderte Annahme seiner Resolution, da man andererseits den bürgerlichen Kandidaten nicht mehr abverlangen

Helene.

Roman in drei Büchern von **Minna Kautsky**.

(12. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die Tage vergingen in jener stillen Sängeweile, die spießbürgerliche Brauttschaften stets umgiebt.

Erich lachte über sich selbst. Wie ein Anfänger in der Liebe kam er sich vor, genügsam, ungeschickt und geduldlos. Aber das mußte eben getragen und überwunden werden.

„Froh werde ich sein, wenn diese Brauttschaft überstanden sein wird,“ gestand er sich, „das ist ein schrecklicher Zustand.“

Aber wenn er die Tage und schließlich die Stunden zählte, die ihn vom Beginn seiner Herrschaft noch trennten, suchte das junge Wesen, das sich selbst noch nicht kannte, diesen Zeitpunkt, der es in eine neue Umgebung, in durchaus veränderte Verhältnisse bringen würde, in seinen Vorstellungen möglichst weit hinauszuschleichen.

Sie bekam Herzklappen, so oft sie nur daran dachte, daß sie mit diesem fremden Manne das Elternhaus verlassen würde, um niemals wieder dahin zurückzukehren und darum dachte sie auch so wenig wie nur möglich daran.

Für einen jugendlichen Menschen sind Wochen eine lange Zeit, und das Bängliche, das sich schon binnen wenigen Tagen vollziehen soll, kann er noch etwas weit Abfliegendes betrachten, mit dem er sich nicht zu beschäftigen braucht.

So machte es Vene. Sie versuchte Alles in die Ferne zu rücken und befand sich trotzdem in immerwährender Unruhe und Spannung, die ihre Nerven angriff und ihr Aussehen zu verändern begann.

könne, als was den Grundfäden bürgerlicher Freiheit entspricht. (Weibhafter wiederholter Beifall.)

Es liegen folgende Vorschläge vor:

Vortrag **Dreslauer**: Zur besseren Information unserer Wahl-agitatoren wird wiederum ein kurz gefasster Bericht über die Tätigkeit des Reichstages von 1893-98 herausgegeben und zwar in der Art und von dem Verfasser (Webel) des Berichtes über die Tätigkeit des Reichstages von 1887-90.

Untrag **Verfuß**: In den Wahlkreisen mit überwiegend polnischer Bevölkerung sind nur solche Genossen als Reichstagskandidaten aufzustellen, die der deutschen und polnischen Sprache mächtig sind.

Nebenher liegen die Vorschläge betr. die Solinger Reichstagskandidatur vor.

Auf Vorschlag **Singers** werden die letzteren der Mandatsprüfungskommission unter Hinzuziehung von Verfuß zur Vorbereitung überwiesen.

Es folgt die Diskussion.

Abg. **Dr. Schönlan**: Ich habe zu dem, was Webel gesagt hat, wenig hinzuzufügen; ich möchte die Aufmerksamkeit der Delegierten darauf lenken, daß im bevorstehenden Wahlsysteme sogenannte brennende Fragen zur Erledigung kommen werden. Es gibt eine enghäutige Auseinandersetzung zwischen Absolutismus und modernen Staatseinrichtungen, zwischen verfallendem Regiment und einem mangelnden Einfluß der Volksvertretung. Es fragt sich, ob der Rückfall, der Kurs der Wählerkreise weiter innegehalten werden soll, ob wir ihn uns weiter gefallen lassen sollen. Bei einem ungünstigen Ausfall der Wahlen werden wir noch größere Nebenwirkungen erleben, als jetzt. Noch niemals ist so unverschämlich zum Staatsrecht aufgeföhrt worden, und nicht bloß der oberer Teil, sondern auch ihre Tölpelhaftigkeit, denn es ist lächerlich, seine Pläne so zeitig auszuplaudern, daß sich die Masse mit ihnen beschäftigen kann. Ob sich die Konfliktgefühle in Thaten umsetzen werden, wird von den Wahlen abhängen. Wenn die Wähler nicht Leute nach Berlin schicken, die intelligent und energisch sind, dann werden wir überumpelt. Wird aber eine gute Volksvertretung gewählt, dann wird es mit den Staatsstreichgefühlen vorbei sein, sie wird im Reine niedergeschlagen. Eine andere Frage ist die Frage der Flottenpolitik. Sie wird bei den nächsten Reichstagswahlen das Stichwort sein.

It doch mit diesen Plänen gerade die Absicht vorhanden, über den Kopf des Reichstages hinweg die Marine zu vernechten. Herr **Dirpy** wird als der „Marine-Moon“ bezeichnet; er soll thun, was Moon 1865 bei der Reorganisation des Landheeres gethan hat. „Marine-Moon“, das bedeutet der Konflikt! Die Marinepolitik und der Kampf gegen das persönliche Regiment sind mit einander aufs innigste verbunden, sie hängen ursächlich zusammen. Gegen den Rückfall, Jagdschloß und Komplexen gilt es! Den Kampf gegen die Marinepolitik, gegen den Staatsstreich, gegen die Stumm und **Mirbach**! Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die diesen Kampf mit aller Energie führen wird. Ob Weibels Hoffnungen von der Erringung von 30 neuen Mandaten bei der nächsten Reichstagswahl erfüllt, ist gleichgültig; die Hauptsache ist, daß die Antwort des allgemeinen Stimmrechts auf das Kolonialthum, dem wir jetzt entgegengehen, erteilt wird. Für Staatsstreichgefühle finden sich immer Leute; nur wenige Eisenbahnstationen von hier sieht ein Mann, der das recht gut besorgen würde, und im nahen Altona sieht auch der General, der die Straßenschmachten schlagen würde. Wir werden dafür sorgen, daß diese Herren zu Hause bleiben.

Mollath r. Hamburg: Ich gebe Weibel Recht, es wäre eine Unklugheit den Reichstag vor der Zeit aufzulösen. Aber seitdem Herr von **Reke** bewiesen hat, daß das Stichwort: Wem der Herr ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand, nicht immer zutrifft, muß man sich auch darauf gefaßt machen. Die Organisation muß deshalb so bestellt werden, daß wir nicht überrascht werden können. Wir können erwarten, daß viele Führer von uns unter irgend welchen Vorwänden in Untersuchungshaft kommen. Die Arbeit muß deshalb so eingerichtet werden, daß sie nicht allein

Sie wurde blaß, magerte ab und ihr zartes Gesichtchen hatte oft einen Ausdruck völliger Erschöpfung.

Der Bräutigam konnte sein Mißvergnügen darüber nicht verhehlen, aber Röder tröstete ihn, daß das bei Bräuten gewöhnlich sei.

„Ei, weil man auch ihre Liebessehnsucht auf die Folter spannt,“ versicherte Erich, und er kürzte dann abermals den Termin bis zu ihrer Vermählung um einige Tage.

Am Abend vor derselben suchte Röder den Bräutigam in seiner Junggesellenwohnung auf.

„Sie wollen also wirklich gleich nach der Trauung mit Vene nach dem Bahnhofe fahren?“ fragte der Vater.

„Ich werde sie doch nicht hier in meiner Garconwohnung bringen. Das sollte überhaupt eine terra incognita für sie bleiben,“ setzte er lächelnd hinzu. . . . „Das wird Alles aufgelassen — abgeschlossen für immer.“

„Das hoffe ich“, bemerkte Röder, während er mit einem Stirnrunzeln die vielen Aquarelle und Photographien weiblicher Schönheiten betrachtete, die die Wände bedeckten, am Schreibtisch aufgestellt waren und Schalen und Albumen füllten.

„Sie hatten wohl viele Damenbekanntschaften?“ fragte er zögernd.

Erich lachte. Aber Sie sind naiv, lieber Röder, wenn man in der Welt lebt, kommt das Einem so zugeflogen, man weiß nicht wie, und Photographien kann ein Feder haben.“

„Ja, wir Kleinbürger sind noch recht naiv,“ versetzte Röder nicht ohne Bitterkeit, dann mit einem verlegenen Lächeln ihm näher tretend: „Meinen Sie nicht, Hartmann, daß es gut wäre, Vene über ihre neuen Pflichten ein wenig aufzuklären, sie ist noch ganz unwissend —

auf den Schultern der Führer lastet. Die Massen müssen in Bewegung und Thätigkeit gesetzt werden. Hamburg bietet nach dieser Richtung ein Beispiel. Vor dem Sozialistengesetz hatten wir in Hamburg keinen einzigen Wahlkreis. Durch das Sozialistengesetz eroberten wir den ersten. Dann ging es mit den Ausweisungen los und wir eroberten auch die beiden anderen Hamburger Wahlkreise. Wir hatten eben die Massen in Thätigkeit gesetzt. Das muß jetzt die Vorarbeit sein. Dieser Weg muß unentwegt verfolgt werden, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben, denn dann haben wir Tausende von Agitatoren. Niemand ist so offen wie jetzt die Parteipolitik und Reaktion betrieben worden. Die Entscheidung gegen diese Parteipolitik und Reaktion muß schon am Wahltag durch die Wähler fallen. Der Protest der Wähler wird alle Staatsstreichgefühle zu Schanden machen. Weibels Resolution bitte ich möglichst unverändert anzunehmen; vielleicht könnte nur gesagt werden, daß unsere Genossen bei Stimmenthaltung weiße Zettel abgeben. (Weibhafter Beifall.)

Frelwa d. **Niederbarnim** wendet sich gegen Schippels Aeußerung, wir müßten unsere Brüder im Waffenrock auch gegen die feindlichen Angeln schlagen. Bei solchen Aeußerungen werden die Gegner kein Grauen vor der Sozialdemokratie bekämpfen. **Scheidemann** bittet nicht alles auf die politische Seite zu legen, sondern auch die wirtschaftlichen Fragen bei der Wahlagitacion zu berücksichtigen.

König Essen: Wir Essener Genossen müssen den Vorwurf Weibels annehmen. Wir haben für König Krupp gestimmt. Aber die Erbitterung gegen das Zentrum war zu groß. Die Ultramontanen haben uns aus ihren Versammlungen hinausgedrängt. Einzelne Genossen glaubten vielleicht, es schade nichts, wenn Krupp in den Reichstag kommt, da können ihn unsere Genossen einmal gründlich vornehmen. Wir haben jetzt den Buchhändler Schröder aufgestellt, der mit unsern andern Genossen unschuldig im Zuchthaus schmachtet. Stöbel wird bei dieser Protestwahl gleich in dem ersten Wahlgang siegen, weil unsere Stimmen für ungültig erklärt werden. Aber wenn wir von der Parteileitung keine andere Direktive erhalten, halten wir fest an der Kandidatur unseres Zuchthäuslers Schröder.

Die Verhandlungen werden hierauf auf Mittwoch früh verlagert.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Soziales und Partei-Leben.

Der Berliner Formerstreik ist Dienstag durch den Schiedspruch des Einigungsamtes des Gewerbegerichts voraussichtlich beigelegt worden. (???) Das Gewerbegericht trat dem Einigungsvorschläge der Arbeitgeber bei auch bezüglich des die Nichtberechtigung des Ausstandes aussprechenden Passus. Die Vertreter der Arbeitnehmer nahmen den Vorschlag an. Heute wird der Vergleich zwei Metallarbeiter-Versammlungen vorgelegt werden.

Aus Nah und Fern.

Die That eines Schutzmanns. Die vielbesprochene Angelegenheit der Verhaftung eines unbescholtenen Mädchens in **Köln** scheint in ein neues Stadium zu treten. Bekanntlich hat sowohl die Staatsanwaltschaft, als auch die Oberstaatsanwaltschaft die Eröffnung des Verfahrens gegen den Schutzmann **Kiefer** abgelehnt. Der eigentliche Thatbestand stellt sich erst jetzt folgendermaßen heraus. Die Polizei fahndete auf eine Dirne Namens **Fahbender**. Fräulein **Fahbender** ging an dem verhängnisvollen Tage zufällig auf der Straße eine Zeitlang neben einer Dirne. Als nun Kiefer sie nach ihrem Namen fragte, glaubte er die **Fahbender** vor sich zu haben und schritt zu der Verhaftung. Da dieser Irrthum als entschuldbar angesehen wird, ist die Anklage wegen ungesetzlicher Verhaftung fallen gelassen worden. Wegen der Nichtfreilassung trotz der Legitimation der jungen Dame ist der Schutzmann disziplinarisch bestraft worden,

nach ganz ahnungslos, ich versichere Sie, und ich möchte —

Hartmann wandte sich rasch um. „Sie möchten — was fällt Ihnen ein, das paßte mir gar nicht.“

„Das Kind thut mir leid, sie hat mich in den letzten Tagen oft so fragend angeblickt, flehend saß, als erwarte sie von dem Vater, daß er ihr etwas sagen werde.“

„Nein, nein“, entgegnete Hartmann rasch, fast heftig, „wer wird auch einem Mädchen die Liebe theoretisch erklären, das muß praktisch erläutert werden.“

Er klopfte dem Vater lachend auf die Schulter.

„Unbeforgt, lieber Röder, überlassen Sie das nur mir. Ihre Erziehung werde ich vollenden — und sie braucht gar nichts zu wissen, als daß sie mir gehört und daß ich sie liebe.“

VII.

Es war ein Sonntagmorgen, an dem Venes Hochzeit stattfinden sollte.

Bei den Rödern war frühe Alles in Bewegung. Frau **Ebner**, die mit zur Kirche wollte, hatte ihr schwarzes Seidenkleid angelegt und gedachte hinüberzugehen, um zu helfen, wo es nöthig wäre.

Jetzt stand sie vor dem Spiegel und probirte einen Strohhut an, den sie für diese Gelegenheit mit neuen Bändern gepußt hatte und der geradezu brillant wirkte.

Die große, behagliche Stube war bereits vollständig aufgeräumt. Die Fenster waren geöffnet und reichlich mit Blumen besetzt. Die Morgensonne sandte einen schrägen Strahl in das Zimmer und streifte Konrad, der in Hemdärmeln an dem Fenstertisch stand, beschäftigt, eine Anzahl eingelaufener Broschüren zu sortiren und aufzuschneiden.

Es bleibt nur noch seine Befolgung wegen fahrlässiger Körperverletzung übrig, da er sein Opfer so gerettet hat, daß blaue Flecke und Ähnliches davon zurückblieben. Das Oberlandesgericht hat nun verfügt, daß eine neue Untersuchung eingeleitet wird, in der die Zeugen vernommen werden sollen.

Ein empfindlicher Polizist. In Breslau wurde am Sonntag eine Volksversammlung, wo Genosse Klöhn aus Langenbielau unter lebhaftem Beifall über die soziale Gesetzgebung gesprochen hatte, polizeilich aufgelöst. Der überwachende Beamte hatte vom Vorsitzenden verlangt, ihn zu melden, wenn er den Vorfall an seinen Stellvertreter abgebe. Als der Vorsitzende dies in der Versammlung zur Sprache brachte, verbat sich der Ueberwachende „persönliche“ Angriffe, worauf ihm der Vorsitzende erklärte, daß er gar kein Recht habe, in die Debatte einzugreifen. Der stürmische Beifall, der diesen Worten folgte, regte den Polizeibeamten so auf, daß er die Versammlung auflöste. Gegen diese Maßnahme wird Beschwerde geführt werden.

Das neutrale Gebiet von Moresnet soll zwischen Preußen und Belgien getheilt werden; Unterhandlungen darüber sind bereits im Gange. Neutral-Moresnet ist ein kleines Ländchen, etwa sieben Kilometer südwestlich von Aachen, über das bei der „Revision der europäischen Landkarte“ 1816 nicht verfügt wurde, weil keine der „Mächte“ der anderen die Dente gönnte; in dem kleinen Gebiet findet sich nämlich das für die Hüftenarbeit wichtige Galmei reichlich. Seitdem bildete Neutral-Moresnet eine Art Republik und die Bewohner waren mit ihren politischen Verhältnissen durchaus zufrieden. Nun soll es anders werden. Die Bewohner und Eigentümer des bisher so glücklichen Ländchens haben natürlich über ihr künftiges Geschick „nig to seggen.“ Sie werden Unterthanen — preussische oder belgische, je nachdem.

Schiffsbrand auf dem Bodensee. Am Donnerstag Nachmittag gegen vier Uhr wurde auf dem See in der Höhe von Langenargen ein in hellen Flammen stehendes Segelmotorboot gesehen. Das auf der Probefahrt befindliche neue Dampfschiff Gotthard ging zur Hülfe ab; auch von Rorschach württembergische Dampfer. Nach einer halben Stunde kehrten die Schiffe zurück. Der württembergische Dampfer Eberhard hatte einen Schwerverwundeten und zwei leicht Verwundete an Bord. Der Brand des Segelmotorbootes wurde durch die Explosion des Benzinmotors verursacht.

In der Hitze des Gefechts. Die Besucher des Abgeordnetenhauses in Wien kommen immer auf ihre Rechnung. Die Sitzung vom 29. September brachte allerdings nicht den kleinsten Skandal, sie verlief sogar stellenweise etwas monoton; gegen das Ende der Berathung kam aber ziemlich viel Heiterkeit in das Haus. Zwei Redner, die sehr ernst die Nothstandsvorlagen besprachen und dabei auch auf das Eingehendste das Referat des Ackerbauministers behandelten, leisteten einige Sätze, die das Auditorium mit homerischem Gelächter aufnahmen. Der eine der Redner sagte: „Die Nebelans ist das Steckenpferd, auf dem der Herr Ackerbauminister immer herumreitet“, und ein zweiter Redner erklärte mit weithin tönender Stimme: „Die hohe Regierung sollte endlich die verfaulsten Gärten in die Hand nehmen.“

Paris. Im Panamaprozess ist ein Schritt weiter gethan worden, indem den Beschuldigten die Anklageschrift zugestellt wurde. Diese beschuldigt Maquet 100 000, Maret 90 000, Saint Martin 50 000, Laissant

„Du könntest die Rollvorhänge herunterlassen“, sagte die Mutter zu ihrem Sohne, oder hast Du es gerne, wenn Dir die Sonne so warm auf den Buckel scheint?“

„Ein Bißchen Sonne thut gut, Mutter —“ sagte er, ohne aufzuschauen.

Sie blinzelte von der Seite zu ihm hinüber, dann kam sie im Hute heran und legte ihm die Hand auf die Schulter.

„Magst Du wirklich nicht mit in die Kirche gehen?“ fragte sie in dem schmeichelnden, aber vorsichtigen Ton, der ein letzter Versuch ist, einen Eigensinnigen umzustimmen.

„Ihr Sohn machte eine ungeduldig abwehrende Bewegung.“

„Geh, thu's mir zu lieb“, bat sie eindringlich.

„Ich kann nicht, Du weißt es.“

„Ich weiß gar nichts.“

„Ich habe eine Versammlung.“

„Du mit Deiner ewigen Versammlung, — das ist auch gar so nöthig.“

„Und Lazar Tempshy, der heute Morgen hier einzuziehen will —“

„Der muß gerade heute kommen, an einem Sonntag? So eine verrückte Idee — nun ja, ein Russe — ich hätte nicht Ja sagen sollen — wie kann man sich auch einen Russen aufs Zimmer nehmen.“

„Was hast Du gegen die Russen?“

„Sehr viel. Erstens sind sie unsauber, zweitens sind sie Revolutionäre — das Eine ist so unangenehm wie das Andere.“

„So spricht die Mutter eines Revolutionärs? Schäm Dich.“

„Ja, wenn sie Alle so wären wie Du“, sagte sie, ihn mit den Augen lieblosend.

„Ich sehe schon, Mutter, Du hast noch gar kein Verständnis; ich muß Dich erst für unsere gute Sache erziehen.“

Er lachte.

Es war nicht das frohe, herzliche Lachen, daß sie so gerne hörte, es klang gepreßt, und sie hatte plötzlich den großen Zungen um den Hals genommen und küßte ihn mit fast leidenschaftlicher Heftigkeit auf die Wangen.

Einen Augenblick drückte er sie an sich, seiner Empfindung nachgebend, dann wehrte er sie ab und sagte mürrisch und spöttisch zugleich:

„Wozu jetzt solche Sachen — Du verdrückst Dir Deinen schönen Hut, und das hat doch keinen Zweck.“

Sie wollte etwas erwidern. Aber sie verschluckte das Wort, that einen kleinen Seufzer, nahm ihren Hut vom Kopfe, legte ihn aufs Bett und verließ die Stube.

Er hatte das Papiermesser wieder ergriffen, und über die Zeitungen und Broschüren gebeugt, fuhr er fort, dieselben aufzuschneiden.

Sonst pflegte er raschen Auges die Titel zu überfliegen; er naschte auch hier und da von dem Inhalt, und wenn ein Artikel ihn lebhafter anzog, verschlang er gleich auf der Stelle, heute hantierte er ganz mechanisch. Die Augen blickten wie abwesend auf die leise sich bewegenden Schatten, welche die am Fenster stehenden Blumen darauf warfen.

Er sah erst auf, als die Thür abermals ging.

Die Mutter kam hastig herein. Sie sah sehr aufgeregt aus.

„Was ist's?“ fragte er und blickte sie an.

„Ach nichts, eine dumme Geschichte . . . es ist zu kindisch, jetzt möchte sie auf einmal nicht.“

„Sie will nicht?“ schrie er so laut, daß er über den Klang seiner Stimme betroffen war.

30 000, Planteau 30 000, Rigaud 12 000, Gaillard 12 000 und Boyer 10 000 Franks Besetzungsgeld angenommen zu haben.

Im Wesentlichen gründet sich das neue Verfahren auf die Geständnisse Artons, über dessen interessante Persönlichkeit und Thätigkeit in der Anklageschrift folgende Mittheilungen gemacht werden:

Arton, genannt Arton, Leopold Heinrich Emil, geboren zu Strahburg am 16. August 1849, begab sich im Jahre 1869 nach Brasilien, wo er mehrere Jahre in verschiedenen Handelshäusern verbrachte. Nachdem seine Frau und seine Kinder im Jahre 1878 nach Frankreich zurückgekehrt waren, machte er Bekanntschaft mit der französischen Schauspielerin Madame Renez, die ihn 1884 nach Frankreich begleitete. Er behauptet, bei seiner Rückkehr ein Vermögen von 350 000 Franks besessen zu haben, womit er in Devallois-Perret eine Kaffeebrennerei errichten wollte. Das Unternehmen ging jedoch fehl, und 1885 war er fast vollständig zu Grunde gerichtet. Zur selben Zeit hatte Frau Renez zwei Freundinnen wiedergefunden, die mit dem Senator Maquet verwandt worden. Durch diese Freundinnen wurden Arton und seine Wittfrau in die Familie Maquets traf Arton auch Saint Martin, Abgeordneter von Vaucluse und Freund Maquets. Nachdem Arton mit Baron Reinach die Bearbeitung des Parlaments zu Gunsten der Panamagesellschaft in die Hand genommen, stellte Arton folgende Bedingung: In keinem Falle sollte er verpflichtet sein, Rechnung abzulegen über die Mithilfe aller Art, die er als preiswürdig erachten würde. Der Baron Reinach nahm die Bedingung an und eröffnete Arton einen Kredit von zwei Millionen Franks mit dem Versprechen, daß ihm die Gesellschaft einen Antheil in der Loosausgabe zuwenden würde. Jedenfalls dürfte er 10 Prozent Kommission von dem eröffneten Kredit für sich nehmen. In Folge dieser Abmachung ist Arton geständig, sowohl von Reinach als von der Panamagesellschaft die Summe von 2 121 625 Franks erhalten zu haben. Seine im März 1897 abgegebene Erklärung, Enthüllungen zu machen, stützte er auf zwei Notizbücher vom Jahre 1888, von denen das eine im Juni 1891 in Paris in die Hände des Gerichts fiel, während das andere in London aufbewahrte Buch am 18. März 1897 auf Wunsch des Angeklagten dem Untersuchungsrichter ausgehändigt wurde. Die Echtheit der Bücher ergibt sich aus Eintragungen privater Natur, persönlicher Ausgaben, Adressen und anderen Notizen, die Arton sogar bloßstellte. Aber die Listen von Parlamentariern und Journalisten mit der Angabe von Namen und Gehaltsummen bieten keine zuverlässige Sicherheit; so finden sich besonders in dem Londoner Buche solche Angaben ohne Aufklärungen noch Datum. Arton erklärte übrigens selbst, diese Summen bezögen sich auf Voraussetzungen und Möglichkeiten, aber nicht auf wirklich erfolgte Bezahlungen. Im Anklagematerial befindet sich auch die sogenannte Liste Deschamps. Acht Tage vor seiner Abreise hatte Arton dem Kultivier Deschamps einen Altkost, meistens Börsenabrechnungen, übergeben, in welchem sich eine Liste von Namen von dreißig Parlamentariern, Journalisten und Lieferanten befand, ohne daß er etwas davon wußte. Diese drei Schriftstücke verdienen daher nach Ansicht der Anklage nicht mehr Glauben als Artons mündliche Erklärungen, gegen jeden der Angeklagten liegen jedoch andere Belastungsgründe vor.

Man wird sich davor zu hüten haben, welche in den neuen Panamaprozess verwickelten Personen als die Hauptschuldigen oder auch nur hervorragend an dem Panamaskandal Theilhabenden zu betrachten. Die opportunistische Regierung Frankreichs mußte, dazu zwang sie schon der

Selbsterhaltungstrieb, stets die größten Gauner schonen.

Die Liebe als Krankheit. In Paris ist kürzlich ein interessantes Buch erschienen. Es stammt aus der Feder des bekannten Psychologen und Nervenarztes De Fleury und führt den Titel: „Einkleitung in die Medizin des Geistes“. Man fordert mit großer Berechtigung seit langem, daß ein Arzt bei der Beurteilung und Behandlung eines Kranken sich nicht nur um den körperlichen Zustand desselben zu bestimmen hat, sondern daß er in gewisser Hinsicht auch den seelischen Zustand seines Patienten zu berücksichtigen und zu bessern weiß. Ärzte, die diesen Theil ihrer Aufgabe verstehen, hat es schon viel gegeben, und sie gerade haben meist am segensreichsten gewirkt; bisher aber gab es kein Buch, welches die Heilkunde der Seele behandelte oder zu behandeln versuchte. Man kann nach De Fleury auch solche Erscheinungen wie Traurigkeit, Born, Trägheit u. als anormale, krankhafte Zustände auffassen und demgemäß nach einer medizinischen Behandlung derselben suchen und denselben vielleicht sogar auf prophylaktischem Wege zu begegnen sich bemühen. Ein Kapitel des de Fleury'schen Buches handelt von der „Medizin der Liebe.“ Dieser Gelehrte hält die Liebe für eine physiologische Erscheinung, welche, wenn sie die sentimentale Form annimmt, vollkommen pathologisch wird; eine solche Liebe, bei der jeder Einfluß der Vernunft verloren geht, ist zweifellos eine Erkrankung der menschlichen Natur. Man hat sogar früher schon die Liebeskrankheit auf bestimmte Theile des menschlichen Körpers zu beziehen gedacht, nämlich auf das System von Gehirn und Rückenmark, auf die Hautnerven und auf die Schleimhäute. De Fleury trägt aber nach dem eigentlichen Wesen dieser gefährlichen physischen Erkrankungen und weist auf die verblüffende Ähnlichkeit derselben mit den Erscheinungen bei der Morphium- und Alkoholsucht hin, was für die armen Verliebten nicht gerade sehr schneidhaft sein mag. De Fleury findet sogar bei den Morphiumsuchtigen und den bis zur Narrheit Verliebten eine vollkommene Identität der krankhaften Erscheinungen, nur der Ausgangspunkt beider Erkrankungen sei verschieden, die Folgen seien dieselben. Die Liebe ist nach De Fleury eine Vergiftung mit denselben Rechte wie man die Morphium-, die Kether-, die Alkohol- oder die Opiumsucht als eine solche bezeichnet, nicht die Aufnahme eines stofflichen Giftes, aber die fortwährende Wirkung einer fixen Idee auf dieselben Theile des menschlichen Wesens, in denen sich sicher alles, was wir als Vernunft bezeichnen, abspielt. Bei jenen Krankheiten haben wir es mit einem chemischen, hier mit einem moralischen Gifte zu thun, das ist der Unterschied. Auch der Grundzug im Charakter der Erkrankung ist in den verglichenen Fällen derselbe, nämlich das heftige, unwiderstehliche Bedürfnis nach demjenigen Gegenstande, von welchem die Vergiftung ausgeht, und eine Steigerung des Bedürfnisses nach demselben, wenn es für kürzere oder längere Zeit entzogen oder das Verlangen danach gewaltsam unterdrückt wird. De Fleury weist darauf hin, daß man auch andere rein geistige Erkrankungen mit körperlichen Erkrankungen vergleichen kann, und daß zum Beispiel der Selbstmord in ähnlicher Weise epidemisch auftreten kann, wie etwa Cholera oder Typhus. Auch die Heilmittel sind bei der Liebeskrankheit dieselben wie bei jenen oben erwähnten Krankheiten, nämlich Isolierung oder Entfernung, Einsperren oder Reisen. Uebrigens giebt auch de Fleury zu, daß die Liebe unter diesen Krankheiten noch die mildeste und die am leichtesten heilbare Vergiftung ist, für die meisten Menschen überdies weitaus die angenehmste.

„Das heißt, sie will heute nicht,“ corrigierte die Mutter. „morgen, ja, — oder meinetwegen übermorgen, wie sie sagte.“

„Aber man wird sie doch nicht zwingen? — Man soll sie nicht zwingen!“ rief er entschlossen. Er warf das Papiermesser fort und sprang nach dem Schragen, wo sein Rock hing, um ihn anzuziehen.

Die Mutter sagte ihn erschreckt am Arme.

„Was willst Du denn thun — was fällt Dir ein, Konrad!“

„Ich will mit Röder sprechen — denn noch ist es Zeit!“

„Bist Du toll? Dem Röder kümmt Du gerade recht, der ist ohnehin so nervös . . . Man weiß schon, was er zu thun hat . . . Er hat sie ja nicht gezwungen, sie hat selbst gewollt . . . Ach Gott, das ist nichts als eine Mädchenlaune.“

Konrad fuhr in die Kemerl seines Rockes, ohne zu antworten.

Das wohlgefärbte Gesicht der Töner erblaßte und mit einer Entschiedenheit, die man ihr ihrem Sohne gegenüber nicht zugetraut hätte, stellte sie sich vor ihn hin.

„Du gehst nicht, ich will's nicht. Deine Einmischung braucht Niemand — Niemand verlangt sie, und Gene wäre die Erste, die sie zurückwiese, denn sie will ihren Erich und keinen Anderen, und ob sie ihn heute nimmt oder morgen, das ist ihre Sache und darüber kann sich der Vater ereifern oder der Bräutigam, aber nicht Du — Dich geht's nichts an — also sei vernünftig und gib Dich zufrieden.“

Er steckte die Hände in die Taschen und setzte sich an den Tisch, biß die Zähne aufeinander und blickte finstern und gewitterhaft vor sich hin.

(Fortsetzung folgt.)